

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

16 (20.1.1914)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 s., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 s.; am Postkasseler 2,10 M., durch den Briefträger 2,50 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 28650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die Spaltige, kl. Zeile, oder deren Raum 20 s. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 11 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Zur politischen Situation in Baden.

Epilog zur Staatsdebatte.

gr. Karlsruhe, 20. Januar.

Die Finanzdebatte im badischen Landtag brachte keine besonderen Überraschungen. Im Gegenjahren zu früheren Jahren werden diesmal finanzielle Fragen in ausgiebiger Weise behandelt. Der Wehrbeitrag und der Aniaz zu direkten Reichsteuern, der durch die Tätigkeit der Sozialdemokratie im Reichstag gemacht wurde, stößt den bürgerlichen Parteien und den badischen Regierung Besorgnis ein. Praktische Vorschläge in dieser Hinsicht wurden jedoch weder von den bürgerlichen Parteien, noch von der Regierung gemacht. Den Rednern der Sozialdemokratie blieb es vorbehalten, das befreiende Wort zu sprechen. Der Hinweis des Genossen Kolb, daß die bürgerlichen Parteien, um neue direkte Reichsteuern zu verhindern, sich den hohen Ausgaben für Militärausgaben widersetzen müßten, war Millionen aus dem Herzen gesprochen. Das lösende Wort über die deutsche Finanzpolitik der Zukunft sprach Genosse Dr. Frank, indem er seiner Meinung Ausdruck gab, daß die Entwicklung des deutschen Steuerwesens keine partikularistische, sondern eine unitarische sein werde, daß das Reich die Grundlage für unser Steuerwesen dereinst bilden werde. Besondere Erwähnung aus der Reihe der Vorschläge zu unserm Staatshaushalt verdienen dann noch die Bemerkungen von Gen. Kolb über Staatsvereinfachung und den Begriff verborgener Anlagen, sowie die Wünsche in bezug auf eine allgemeine Hebung der gesamten Volksbildung und das Verlangen nach einer staatlichen Arbeitslosenfürsorge.

Zur Charakteristik des Zentrums lieferte die Staatsberatung wertvolle Beiträge. Verständlich ist es, daß das Zentrum wenig Zeit hatte, sich mit sozialpolitischen Fragen zu beschäftigen — es sei denn, daß man den Vorschlag des Abg. Dr. Zehnter registriert: Man darf die Sozialpolitik nicht in die Fabrik einperren, es ist Zeit, daß man auch den Unterehemern in Handel und Gewerbe die sozialpolitische Fürsorge zuwendet — nachdem es durch kirchliche Fragen, Jesuiten- und Klosterwesen, in so hohem Maße in Anspruch genommen wurde. Zutreffend machte hierzu Gen. Dr. Frank die Bemerkung, daß sich die Zentrumsmänner vielleicht auch einmal darüber Gedanken machen, welchen Raum in den Reden des Zentrums die kirchlichen Fragen und welchen die Arbeiterfragen einnehmen. Selt beleuchtet wurde in der Staatsdebatte auch die „staatsbehaltende Gesinnung“ des Zentrums. Indem Genosse Dr. Frank dem Zentrum zurief, daß dem Abgeordneten Schofer und seiner Partei jeder Verursacher, über revolutionäre Kampfesweise zu Gericht zu sitzen, indem er festhalte, daß die Äußerungen der Zentrumredner über die Achtung von dem nun einmal bestehenden — von der Sozialdemokratie bekämpften — Jesuitengesetz nicht nur ein Ausfluß revolutionärer Geistes seien, sondern daß das Zentrum begünstigen Latein in Sachen der Jesuitenorträge revolutionäre Sandlungen seien, wurde das „staatsstügende“ Zentrum einmal gründlich an den Pranger gestellt.

Die innersten Tiefen des Zentrums, das über seine Niederlage bei der Präsidentenwahl immer noch sehr verknüpft ist, wurden durch die Äußerungen des Abg. Dr. Zehnter enthüllt, indem er bemerkte, daß, nach dem für das Zentrum ungünstigen Resultat bei der Präsidentenwahl, es sich das Zentrum bei der nächsten Wahl wohl überlegen müsse, ob es diese Politik einer Sammlung der bürgerlichen Parteien in der Weise fortsetzen kann, daß es gegenüber von weiter links stehenden Kandidaten, die nationalliberale Partei unterstützt. Eine durchsichtiger Beleuchtung der vom Zentrum propagierten Sammlungspolitik hätte Herr Zehnter wohl kaum geben können. Herr Wader hat mit seiner Taktik Bankrott gemacht. Die vom Zentrum als „Großblockgegner“ gewählten Nationalliberalen haben sich nicht wie die Konservativen, — die übrigens ein erbeiterndes Moment in die Kammer brachten —, als die willigen Gefolgsmänner des Zentrums erwiesen. Für das Zentrum bringt daher aus seiner, angeblich im Interesse der Staatsbehaltung verfolgten „Sammlungspolitik“ nichts heraus. Und damit wird für ihn, und dies ist der springende Punkt in der Rede des Herrn Dr. Zehnter, die „Sammlungspolitik“ hinfällig. Der Zweck der ganzen Zentrumspolitik, der Hunger nach politischer Macht um jeden Preis wird da in einer Art beleuchtet, die in agitatorischer Hinsicht von größtem Wert ist. Trotz dieser Enthüllungen wird jedoch das Zentrum auch in Zukunft fortfahren, sich als „Staatsstütze“ stets in Erinnerung zu bringen. Auch in der Folge wird es keine Anstrengung unterlassen, durch eine wie immer geartete Taktik sein Ziel, die Aufrichtung einer schwarzb-lauen Herrschaft in Baden zu verfolgen. Es wäre eine Verblendung, die schlimmste Folgen haben könnte, wenn die Parteien sich der Täuschung hingeben würden, die Gefahr einer schwarzb-lauen Mehrheit habe sich ver-

ringert, und die Regierung dürfte vielleicht auch einmal darüber nachdenken, wie sich die eigenartigen Interpretationen des Zentrums über Recht und Gesetz im Rahmen eines geordneten Staatswesens ausnehmen.

Die Bedeutung des Großblocks als ein Mittel, die reaktionären Pläne abzuwehren und ihnen entgegenzutreten, wurde durch die allseitige Zustimmung findende Erklärung des nationalliberalen Parteiführers Rebmann in der Staatsdebatte zutreffend fixiert. Von irgendwelcher Abhängigkeit der Parteien der Linken untereinander kann keine Rede sein. Dies beweisen nicht nur die diesbezüglichen Äußerungen der Fraktionsredner; dies beweist vor allem die glänzende, die prinzipiellen Forderungen und Ziele der Sozialdemokratie scharf betonende Programmrede unseres Genossen Kolb, die klar erkennen ließ, welche scharfe Grenzlinie zwischen uns und allen bürgerlichen Parteien besteht, selbst wenn wir uns, zur Durchsetzung von Forderungen und zur Bekämpfung der Reaktion, mit anderen Parteien zusammenfinden.

Die badische Regierung kann sich immer noch nicht dazu aufschwingen, zur Mehrheit des badischen Landtags eine klare Stellung einzunehmen. Das Hin- und Herbewegen zwischen den Parteien mit einer starken Neigung nach rechts, wird zur politischen Maxime erhoben. Die Regierung lehnt es daher, wie Herr Staatsminister v. Dusch erklärte, ab, sich auf eine Parteikonstellation wie den Großblock zu stützen. Eine staatsmännliche Erklärung war dies nicht, nachdem die Regierung weiß, in welcher hohem Maße sie wichtige Gesetze des letzten Landtags, der Mitwirkung des Großblocks und speziell der Sozialdemokratie verdankt. Der Großblock ist nun einmal, wie Gen. Dr. Frank in seiner Rede bemerkte, eine historische Tatsache geworden, die für ganz Deutschland Wert hat und die badische Regierung muß sich eben damit abfinden, wenn die Entwicklung in dieser Hinsicht und auch in sehr vielen anderen Dingen andere Wege einschlägt, als sie träumt und hofft.

Alles in allem machte sich bei der Staatsberatung eine gewisse Erstarrung geltend. Es fehlte der frische Zug, der bei früheren Finanzdebatten, in der badischen Landtagssitzung, der Wahlausfall machte sich stark bemerkbar. Die schwachen Mehrheitsverhältnisse drüben den Debatten ihren Stempel auf. Das Zentrum ist ruhig, sehr ruhig geworden, seit seiner starken Enttäuschung von der Präsidentenwahl her. Die Linke ist nicht stark genug, um mit großen Reformen an die Regierung heranzutreten. So fehlt der Resonanzboden für große Fragen. Es ist dies ein bedenklicher Zustand, aus dem die badische Politik unbedingt herauskommen mußte. Das Mittel hierzu kann nur sein: Einführung des Verhältniswahlrechtes. Nur durch die Einführung des Verhältniswahlrechtes, zu der das Zentrum aus begrifflichen Gründen eine sehr zwiespältige Haltung einnimmt, kann der Fortschritt im Lande Baden zu einem Roher de bronze stabilisiert werden, gegen die feine, wie immer geartete Macht der Reaktion, aufkommen kann. Die Einführung des Verhältniswahlrechtes wird so zur Forderung des Tages, auf die sich alle Kräfte der Linken konzentrieren müssen. Gegenüber den Kirch-tumsfragen des Zentrums eine das ganze badische Volk mitreichende großzügige Propaganda für das Verhältniswahlrecht einzuleiten und Sturm zu läuten gegen den bestehenden ungerichteten Wahlmodus wird daher die hervorragenste aller andere überragende Pflicht der Linksparteien sein. Nicht nur werden hierdurch dem badischen Landtag Quellen neuer Kraft zugeführt, sondern unser ganzes öffentliches politisches Leben wird einen neuen, der großen Tradition der badischen Politik würdigen Aufschwung nehmen.

Bankrott des Polizeistaates.

Der Polizeiprozess von Köln ist durch die Militärprozesse von Straßburg weit über Gebühr in den Hintergrund gedrängt worden und deshalb wird man sich jetzt, nachdem am Samstag das Urteil gefällt wurde, mit ihm und mit den Dingen, die er ans Licht gebracht hat, umso eingehender beschäftigen müssen. In Köln selbst ist es ein wenig wie in Frankreich, wo nach dem bekannten Wort alles mit einem Chanjon, einem Gassenhauer, endigt; und die Bevölkerung der heiligen Stadt wird sich in den Wochen, wo die Karnivalsstimmung wieder einmal ihren Höhepunkt erreicht, die heiligen drei Könige der Polizei und die Frühstücksförbchen der Inspektorsgattinnen ebensowenig entgegen lassen, wie die merkwürdige Epidemie, von der eine Anzahl von Zeugen plötzlich befallen wurde, als sie an Gerichtsstelle erscheinen sollten. Aber auch die leichtlebigen Rheinländer werden die Ergebnisse des Prozesses doch für zu ernst halten, als daß sie mit einem mehr oder weniger gut gelungenen Witz über sie hinwegkommen könnten; denn man mag den Fall drehen und wenden wie man will: hier ist ein System der allerschlimmsten Korruption enthüllt worden und der Sitz dieser Korruption ist jene Anstalt, die wie das Militär zu den

berufensten und gepriesensten Stützen des preussischen Staates gehört — die Polizei.

Auch das Gericht, das den angeklagten Redakteur wegen öffentlicher Beleidigung in der Presse zu 500 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt hat, stellt fest, daß sich im Laufe der Verhandlungen eine Verletzung der Dienstpflicht durch Polizeieinspektoren, Polizeikommissäre und andere Beamte ergeben habe. Es hält in den Fällen von fünf Polizeieinspektoren die passive Bestechung für erwiesen. Aber dieses Urteil gibt auch nicht im entferntesten den Eindruck wieder, den der gewinnen mußte der den Prozeß in seinen Einzelheiten verfolgte.

Da marschierten eine ganze Anzahl von uniformierten und nicht uniformierten Polizeibeamten auf, die entweder direkt zugaben, daß sie Geschenke empfangen hatten, oder die von ihrem Zeugnisverweigerungsrechte Gebrauch machten, um eine Selbstbezüglichung zu vermeiden, Körbe, in denen sich unter Eh- und Trinkwaren aller Art schamhaft Briefumschläge mit einem Inhalt in bar verbargen, fanden regelmäßig ihren Weg in die Wohnungen der Inspektoren, Darlehen wurden den Beamten und ihren Frauen bereitwillig gewährt, ohne daß die Gläubiger irgend welche Bedingungen für die Rückzahlung gestellt hätten. Herzensfreundschaft war nach den Versicherungen der Beamten das Motiv für diese Zuwendungen und man könnte geneigt sein, sich über dieses geradezu idyllische Verhältnis zwischen der Polizei und den Kölner Bürgern zu freuen, wenn die Herzensfreunde der Inspektoren nicht immer gerade Leute gewesen wären, die an einer wohlwollenden und mildmütigen Behandlung durch die Organe der öffentlichen Ordnung einigermaßen interessiert waren.

Weiter gab es da einen Mann, der die schönsten Gelegenheiten für die Beamten veranstaltete und dieser Wadere hätte sicher Anspruch als ein Wohltäter der Polizei gepriesen zu werden, stände es nicht fest, daß gerade er auf die Vergebung von Wirtschaftsfunktionen einen außerordentlich starken Einfluß besessen hat.

Dann aber wurden besondere Zuwendungen für besondere Dienste gemacht. Sie flossen zum Teil in die allgemeine Polizeikasse, zum Teil aber auch in das ganz spezielle Privatportemonnaie einzelner Polizisten. Der Prozeß brachte Fälle ans Licht, wie den des Konfals, der es durch einen entsprechenden Händedruck zu verhindern wußte, daß eine in seinen Händen befindliche Rinderfährige gefunden wurde, und den des Hutfabrikanten, der auf ähnliche Weise der Verfolgung wegen seiner homosexuellen Neigungen entging. Auf der andern Seite allerdings auch die Geschichte, die sehr belustigend wäre, wenn sie in einer Balkanposse vorkäme, die Geschichte nämlich vom dem Kennverein, der der Polizei Geld gibt, damit sie die Buchmacher übermacht, und von den Buchmachern, die ihr ebenfalls Geld geben, damit sie es bleiben läßt.

Ein angenehmer Sumpf, der hier aufgedeckt worden ist! Mehr als das, ein Panama, ein vollständiger moralischer Zusammenbruch. Und der Eindruck wird wahrhaftig dadurch nicht gemildert, daß der Herr Polizeipräsident von nichts, aber auch von gar nichts gewußt hat. Wir glauben ihm eine Unschuld und Unwissenheit aufs Wort. Mit allem Nachdruck hat ja auch der Angeklagte, Genosse Söllmann, versichert, daß er ihn nicht für mitwissend und mitschuldig halte. Kein Engel war so rein, wie der Polizeipräsident. Einer der Hauptschuldigen, der Inspektor Raub, war zwar seine rechte Hand. Aber daß dieser Mann, dessen Brust mit Orden bedeckt ist, auf bösen Wegen wandelte, war dem Herrn von Weegmann vollständig unbekannt.

Der Herr Polizeipräsident machte sich aber auch keine Gedanken darüber, wie die Kriminalpolizisten mit dreißig Pfennig täglich die Vigilanten besolden sollten, deren sie bedurften. Ihm war es viel wichtiger, zu wissen, daß für die politische Polizei genügend Geld zur Verfügung stand, und daß man Herrn v. Dollwig in Berlin jederzeit mit Aussicht auf Erfolg um eine Vergrößerung dieses Fonds erjuchen konnte.

Die politische Polizei ist da, um den Staat zu retten, und wir nehmen an, daß der Kölner Polizeipräsident nach einem erhabenen Vorbilde die Staatsrettung als seine Hauptaufgabe angesehen hat. Das ließ ihm dann wenig Zeit, sich um anderes zu kümmern. Ja, wenn die „heiligen drei Könige“ statt in der Konzeptionsfabrik zu schlummern, einen Polizeibeamtenverein gegründet hätten! Oder wenn ein Polizist sozialdemokratisch gewählt hätte. Zum Teufel, das würde der Aufmerksamkeit des Präsidenten nicht entgangen sein! Er wäre dazwischen gefahren wie ein Donnerwetter und hätte den „Eidbrechern und Heuchlern“ wie sie sein hoher Vorgesetzter in Berlin nennt, den Standpunkt klar gemacht. Aber Kleinigkeiten dringen nicht bis in seine Amtsstube.

Schon sind die Freunde der Polizei und alle die, die immer bereit sind, die stinkenden Füßen in Preußen mit dem Mantel des Patriotismus zuzudecken, mit der Behauptung bei der Hand, es handele sich hier, nur um Einzelfälle. Aber der Einzelfälle sind zu viel, als daß man mit gutem Gewissen das Vorhandensein eines Systems in Abred stellen könnte. In Köln ist es einmal gelungen, die Eitrrbeule aufzudecken. Wer weiß, was

sich an anderen Stellen ergeben würde, wenn sich die Gelegenheit böte, und der Mann sich fände, der sie benutzte! Das Vertrauen zum gesamten preussischen Polizeisystem muß durch den Kölner Prozeß aufs allerhöchste erschüttert werden, und ein Staatsmessen, das sich solcher Stützen bedient, kann in der öffentlichen Meinung weder innerhalb des Deutschen Reiches noch jenseits seiner Grenzen gewinnen. Die preussischen Offiziere dürfen im Elsaß alle Jurisprudenz für beendet erklären und preussische Polizisten setzen sich in Köln über alle Grundzüge der Moral und der immer als echtpreussisch hingestellten Tugend der Unbestechlichkeit hinweg. An einem Samstag spricht das Kriegsgericht einen Leutnant frei, der einem lahmen Schuster einen Säbelhieb verlegt hat. Es sagt, er habe in Notwehr gehandelt. An dem nächsten Samstag wird ein sozialdemokratischer Redakteur, der sich das Verdienst der Aufdeckung einer Korruption erworben hat, zu einer hohen Geldstrafe verurteilt. Das Gericht sagt, er habe beleidigende Worte gebraucht. Ihn schütz die Notwehr, die in der Wahrnehmung berechtigter Interessen liegt, nicht.

Einen Tag aber nach der Fällung des zweiten Urteils konstituiert sich der Preußenbund, der dem preussischen Wesen im deutschen Reich und in der Welt wieder mehr Geltung und mehr Bewunderung erobern will.

Deutsche Politik.

Der Kampf um die Kabinettsorder.

Der Verlauf der bayerischen Angelegenheit hat für jeden ohne Unterschied der Partei klar ergeben, daß das Recht des Militärs auf den Waffengebrauch einer genügenden gesetzlichen Abgrenzung entbehrt und daß durch diesen Mangel ein bedenklicher Zustand der Rechtsunsicherheit eingetreten ist. Nicht zum mindesten hat die reaktionäre Presse diesen Zustand beklagt und die unangenehme Lage der Offiziere geschildert, die nun nicht wüßten, was ihnen erlaubt sei und was nicht. Seitdem aber offiziös eine Nachprüfung der preussischen Dienstvorschriften über den Waffengebrauch des Militärs angekündigt ist und sich im Reichstag der verständige Wunsch nach einer reichsgesetzlichen Regelung der Materie regt, ist der Wind völlig umgeschlagen. Jetzt schreibt die konservative Presse, es müsse alles bleiben wie es ist, höchstens möchte sie die rechtsungültige Kabinettsorder von 1820 zu verfassungsmäßigem Recht verwandeln.

So stellt die „Kreuzzeitung“ einige Stimmen zusammen, die die endgültige Ausschaltung der verfassungswidrigen Kabinettsorder verlangen und bemerkt dazu:

„Geht in Erfüllung, was alle diese Stimmen hoffen, wünschen und verteilen, so würde das Militär also nur noch auf Aufforderung der Zivilgewalt einzuschreiten haben und wäre als selbständiger Vertreter der Staatshoheit völlig ausgeschaltet.“

„Ebenso schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

Jede Abschwächung der Kabinettsorder von 1820 würde naturgemäß eine Minderung der militärischen Befehlsgewalt des Kaisers in sich schließen. Allerdings hat der Kaiser das Recht, zur Dämpfung von Unruhen den Belagerungszustand zu verhängen; aber diese Befugnis ist rechtlich nicht ein Ausfluß der Militärhoheit des Monarchen, kann vielmehr nur auf Grund eines Beschlusses des Staatsministeriums ausgeübt werden, das dafür dem Parlament verantwortlich ist. Der Kaiser befiehlt dabei also dem Militär nur auf dem Umwege über die verantwortliche Zivilbehörde. Dagegen ist die Kabinettsorder von 1820 ein Ausfluß des von ministerieller Gegenseitigkeit wie von parlamentarischer Kontrolle unabhängigen militärischen Selbstrechts, wie in den von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ mitgeteilten Beratungen des preussischen Staatsministeriums seinerzeit ausdrücklich festgestellt worden ist.

Wie man sieht, handelt es sich wirklich um eine grundsätzliche Frage von höchster Bedeutung. Im Namen der kaiserlichen Kommandogewalt verlangt die konservative Presse für das Militär das Recht, unter gewaltsamer Beiseiteziehung der Zivilbehörde gegen die Bevölkerung vorzugehen. Dieses Vorgehen soll als Ausfluß der kaiserlichen Kommandogewalt außerhalb der parlamentarischen Kritik stehen, und die Regierung soll jeder Verantwortung dafür

dem Parlament gegenüber entzogen sein. Das bedeutet ein Zurückgehen hinter die oftproklamierte preussische Verfassung von 1850 und die Proklamierung des nackten Militärabsolutismus.

Reaktionäre Sammelarbeit.

Der Reichskanzler hat im preussischen Landtag den bürgerlichen Parteien geraten, endlich einmal den Bank einzustellen, die Zeiten seien zu ernst. Die auswärtige Lage kann damit nicht gut gemeint sein, denn größere Reibungen dürften in der nächsten Zeit kaum zu erwarten sein. Der Kanzler kann nur die Lage im Innern gemeint haben und hier freilich fehlt es nicht an Reibungsflächen. Alles aber wird zurücktreten müssen, gegenüber dem bestimmt bereits im nächsten Winter entbrennenden Kampf um den neuen Polltarif. Das offenbar hat dem Kanzler vor Augen geschwebt, als er von den ernsten Zeiten sprach, die es gebietet erheischen, daß die bürgerlichen Parteien den Bank einstellen. Die Konservativen haben sich mit überraschender Schnelligkeit bereit gefunden, der Mahnung des Kanzlers zu folgen. So sagt die „Konservative Korrespondenz“ am Schluß eines langen Artikels:

„In hohem Maße bemerkenswert waren die Worte, die Herr von Heydebrand über die Zusammenarbeit aller Deutschen sprach, die mit uns die notwendige Sorge für unser preussisches Vaterland und für unser deutsches Reich haben müssen. Dazu rechnen wir auch die Regierung auf Grund der Erklärungen, die der Herr Ministerpräsident über die wichtigen Punkte abgegeben hatte. Die konservative Partei ist sich der staatsrechtlichen Notwendigkeit durchaus bewußt, daß sie mit allen diesen Faktoren auskommen muß und es ist kein Zweifel, daß die Rede des Herrn von Heydebrand von allen denen, die es angeht, als die Schaffung eines modus vivendi angesehen werden muß zur gezielten Zusammenarbeit für die Erhaltung Preußens und des Deutschen Reiches.“

Auf den gleichen Ton ist ein Artikel der „Kreuzzeitg.“ gestimmt. Das Junferblatt, das dem Kanzler noch vor kurzer Zeit vorwarf, daß er die Bügel schleifen lasse, das ihn als die Inkarnation staatsmännischer Unfähigkeit hinstellte, findet jetzt auf einmal, daß zwischen der Regierung und den Konservativen eigentlich gar keine Differenzen bestanden haben, höchstens könne von gelegentlichen Mißverständnissen die Rede sein. Die „Kreuzzeitung“ schließt ihren Artikel:

„Der Herr Reichskanzler hat in den drei Reden im Herrenhaus und Abgeordnetenhaus vollkommen anerkannt, wie schwere Bedenken steuerlicher und staatsrechtlicher Art einer Fortsetzung der Besitzsteuer durch das Reich entgegenstehen, die zur Vernichtung der in dem Besitz liegenden Kulturelemente und zur Auflösung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches führen muß. Er hat sich ferner mit aller Entschiedenheit dazu bekannt, daß die staatsrechtliche Stellung Preußens im Reich, daß die Regierungsgewalt des Kaisers und die Kommandogewalt des obersten Kriegsherrn gewahrt werden müssen. In den konservativen Reden aber, namentlich in den Schlussworten des Herrn v. Heydebrand, ist mit aller Klarheit zum Ausdruck gekommen, daß die konservative Partei es über alles an der nötigen Entschlossenheit bei der Vertretung dieser Grundzüge und an der Unterstützung der Regierung bei tatkräftiger Erfüllung dieser Aufgaben nicht fehlen lassen will. Dem können wir uns im Einklang mit den zu Beginn dieser Ausführungen herorgehobenen konservativen Grundansatzungen nur vollkommen anschließen.“

Die „Zeitung der Zeitungen“.

Vor einigen Monaten veröffentlichte die Parteipresse den Plan zur Gründung einer „Zeitung der Zeitungen“ und eines Unternehmens, das darauf hinausgeht, die große internationale Presse im Sinne der deutschen offiziellen Politik zu informieren und wahrscheinlich auch zu beeinflussen. Es sollte alles sehr großartig werden. Nun ist ins Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte eine G. m. b. H. „Presbureau zur Förderung gegenseitiger Kenntnis der Kulturvölker“ eingetragen worden, die eine Weltzeitschrift „Zeitung der Zeitungen“ und eine internationale Presbureauorganisation „Europäische Briefe“ betreiben will. Geschäftsführer ist der schon seinerzeit genannte Arthur Kirchhof. Er bringt in die Gesellschaft die Abschlüsse an Abonnements, Inseraten und Abmachungen mit den internationalen Zeitungen ein, wofür ein Wert

von 19 500 Mk. angelegt ist. Das ganze Gesellschaftskapital beträgt lautungsgemäß 20 000 Mk. Da das von Kirchhof Eingebrachte auf die Stammeinlage abgerechnet wird, tritt das weltumspannende Unternehmen also mit einem Kapital von 500 Mk. ins Leben!

Sozialpolitische Forderungen im Reichstage.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zum Etat des Reichsamts des Innern drei Resolutionen eingereicht. Die Fraktion verlangt zum Schutz der Jugendlichen und Arbeiterinnen ohne Rücksicht auf die Größe und Art des Betriebes die Erhöhung des Schulalters der Jugendlichen, Festsetzung des Maximalarbeitstages von zehn Stunden für Jugendliche und Arbeiterinnen mit dem Ziel auf weitere Herabsetzung des Rehnstundentages. — In einer zweiten Resolution werden Schutzmaßnahmen im Interesse des Kranken- und Pflegerpersonals gefordert. — Die dritte Forderung der Fraktion geht dahin, den bereits im Jahre 1891 in Aussicht gestellten Gesetzesentwurf, der die Arbeitszeit und die Ruhepausen für alle Angestellten im Gastwirtsgerberge regelt, baldigst vorzulegen. Bis zum Erlaß dieses Gesetzes soll der Bundesrat seine Verordnung über die Beschäftigung im Gastwirtsgerberge auf alle Angestellten dieses Gewerbes ausdehnen.

Die Doppelzüngigkeit der christlichen (Zentrums) Bergarbeiterorganisation.

Im Kölner Gewerkschaftsprozesse hatte bekanntlich der Ausspruch des „Bergknappen“-Redakteurs Inubach großes Aufsehen erregt, daß man bei den letzten Reichstagswahlen „lieber den Teufel als Gue“ gewählt hätte. Mit Recht machte die sozialdemokratische Presse auf diese Heuchelei aufmerksam. Auf der einen Seite machen die Herrschaften Vorschläge für eine Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiterorganisationen, auf der anderen aber sind sie stolz darauf, einen Gue aus dem Reichstage hinausgewählt zu haben. Dieses Widerspruchs werden sich die Christlichen nun selbst bewußt und in der neuesten Nummer des „Bergknappen“ liest man:

„Die sozialdemokratische Presse, einschließend der „Bergarbeiter-Zeitung“, sucht auch den Anschein zu erwecken, als sei die Aeußerung über Gue ein Beweis, daß die geplante Arbeitsgemeinschaft nicht ehrlich gemeint gewesen sei. Eine tühne Schlussfolgerung! Als wenn der Verband und Gue dasselbe wären. Die Arbeitsgemeinschaft war für wirtschaftliche Zwecke mit dem Verbandsgeplante. Bei der Reichstagswahl aber wurden die politische Sozialdemokratie und die Person Gue's befürwortet. Das ist doch kein Hindernis für ein Zusammengehen aller Bergleute in wirtschaftlichen Fragen. Die geplante Arbeitsgemeinschaft war selbstverständlich ehrlich gemeint. Alle Sprüche der sozialdemokratischen Presse und alle Verdrehungen können daran nichts ändern.“

Daran erkennt man seine M-Gladbacher! Aber alle Befürworter sind vergebens; daß man von Verbandswegen einen Vorkämpfer der Bergarbeiter wie Gue so wütend bekämpfte und eine Null wie Hedmann, dessen Wahlkosten vom Grubenkapital gedeckt wurden, und einen Scharfmacher, wie Dr. Böttger, in den Reichstag sandte, zeigt die Unehrlichkeit des Vorschlages einer Arbeitsgemeinschaft zur Evidenz.

Jugendbewegung.

Die schweizerische sozialistische Jugendbewegung hat in letzter Zeit derartig schöne Fortschritte gemacht, daß die Organisation der freien Jugend von heute ab ein flüchtiges Sekretariat mit dem Sitz in Zürich errichtet hat. Zum besoldeten Sekretär wurde der Führer der Jungburschen, der Ausläufer B. Mungenberg gewählt. Die schweizerische Parteileitung erklärt einen Aufruf, der sämtliche Organisationen auffordert, überall, wo es noch nicht geschehen ist, neue Sektionen der Jungburschen zu gründen und der Jugendbewegung jede nur erdenkliche Unterstützung angedeihen zu lassen. Die Organisation, die auf dem Boden des sozialdem. Parteiprogramms steht, zählte am Schluß des Jahres 1913 rund 1100 Mitglieder.

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne.

38

(Fortsetzung.)

(Nachdr. verb.)

Am 1. Januar des Jahres 1899 machte ich des morgens mit heftigen Schmerzen im Knie auf, es war stark geschwollen und mußte entzündet sein. Das war ein schöner Jahresanfang, sehr viel versprechend! Ich machte übermenschliche Anstrengungen, mich anzuziehen und mein Bett zu machen, aber in dem Augenblick, als ich zur Messe gehen wollte, wurden die Schmerzen so unerträglich, daß ich mich niederlegen und Herrn Babicht rufen lassen mußte. Er kam gleich und verschrieb mir Kompressen von Bleiwasser. Am nächsten Tage untersuchte mich der Arzt: es war eine Gelenkdriisenentzündung, und ich mußte achtzehn Tage lang das Bett hüten und unbeweglich auf dem Rücken ausgestreckt liegen.

Am 19. Januar stand ich zum ersten Male auf und durfte — noch hinkend — am Morgen Spaziergang teilnehmen. Der Arzt hatte mir die Erlaubnis gegeben, außerhalb der Reihen zu gehen, weil ich nicht so schnell mitkomme, und so kam ich bei jedem Rundgang zweimal an Stein vorüber. Ich richtete es immer so ein, daß ich ein Stückchen neben ihn her hinkte, auf diese Weise konnten wir uns einen ganzen Monat lang in Bruchstücken von Sähen unterhalten, die wir vorher sorgfältig vorbereiteten und dann im Vorbeigehen schnell hervorholten. So erfuhr ich nach und nach seine ganze Geschichte.

Eines Tages besuchte ihn ein lothringischer Freund ein Ingenieur Ferrein, in Mühlhausen, um ihn zu einer Fahrt nach Metz einzuladen, wo Ferrein das Fort Queulen, das für eine Arbeit brauchte abzeichnen sollte. Stein ging gern mit und erinnerte sich in Metz an seinen Freund Duf, den bekannten Zeichner und Bildhauer, der in Metz anständig war. Duf hatte schon früher einmal, bei Gelegenheit der Renovierung des Forts, dort Reichenstudien gemacht,

kannte also den Platz genau und war eine wertvolle Hilfe. Ferrein gab Stein und Duf genaue Anweisungen über die Art der Zeichnungen und verbrachte sie dann im Hotel wiederzutreffen, und verabschiedete sich auf kurze Zeit, während die beiden anderen sich an ihr gefährliches Werk machten. Alles ging gut; nachdem die Skizze fertig war begaben sie sich ins Hotel in Steins Zimmer, um die Arbeit ins Reine auszuführen. Plötzlich klopf jemand an die Türe. Duf öffnet.

„Ah, guten Tag, meine Herren. Ich bin der Polizeikommissär von Metz. Ah, und ich sehe, Sie zeichnen da das Fort Queulen.“

Es war eine ertappung in flagrantie, und sie wurden stehenden Fußes verhaftet. Der Schluß ist leicht zu erraten: provisorische Haft in Metz, Ueberführung nach Leipzig, kurze Untersuchung, Gerichtsverhandlung, dann Urteil des Reichsgerichts: Duf zu zwei Jahren Zuchthaus, Stein zu einhalb Jahren.

Aber wie hatte die preussische Polizei wieder das erfahren können? Natürlich durch Ferrein, der ein Lodsipfel a la Ruffel war und seine Prämie schmungelnd einführte.

Als ich wieder ganz gesund war, ging beim Spaziergang ein junger Postbeamter von Magdeburg neben mir her. Er hieß Rauchen. Es war ein hübscher, sanfter Junge mit schwarzen Sammetaugen, den die Weiber auf dem Gewissen hatten, und der zu einem Jahr Zuchthaus wegen Unterschlagung verurteilt war. Als wir uns näher kennen gelernt hatten, schlug er mir vor, mir bei einem Fluchtversuch gern behilflich zu sein, sobald er wieder frei wäre. Er hatte Freunde an der Post in Berlin und könnte von dort leicht ein gefälschtes Telegramm mit der Unterschrift des Unterstaatssekretärs, das meine Begnadigung meldete, absenden lassen. Natürlich müßte diesem Telegramm ein abermaliges Gnadengeßuch der Meinen vorangegangen sein.

Die Idee schien mir sehr plausibel, aber als ich nähere Erkundigungen einzog, hörte ich, daß die Freilassung eines

Gefangenen nur durch kaiserliche Unterschrift erfolgen darf. — Gerade in diesen Tagen wurde ein Sträfling Kohlenberg nach fünfzehnjähriger Zuchthausstrafe entlassen, ein wahrer Räuberhauptmann, der mir aber so treu ergeben war, daß ich sicher war, er werde Himmel und Erde in Bewegung setzen, mich zu befreien.

Eines Nachts wurde ich durch einen fürchterlichen Lärm geweckt. Durch die Totenstille der Nacht heulte eine verzweifelte Stimme: „Hilf! Hilf! Ich werde ermordet!“ Minuten, die mir Jahrhunderte schienen, vergingen, nur die Stimme schrie immer noch. Endlich hörte ich eilige Schritte im Korridor: die Schildwache hat die Nachtwache alarmiert. Ich höre, wie die Aufseher von allen Seiten herbeilaufen und durch eine Jellentür hindurch mit jemand verhandeln. Die Aufseher dürfen Nachts keine Türe öffnen, ohne einen Oberbeamten, und so wurde dann der erste Befehl aus dem Bett geholt. Mein Gehör, das durch die beständige Uebung während der Gefangenschaft außerordentlich scharf geworden ist, ermöglicht mir, das ganze Drama mitzuerleben. Eine rauhe Stimme befiehlt Schweigen, eine andere antwortet. Geschrei und Fensterstöße flirren in Scherben, es scheint ein heftiger Kampf zu sein. schrille Schreie klingen dazwischen. Die Schreie kommen näher, die Treppen herunter, der ganze Hefenabbat sauft an meiner Türe vorbei. Türen werden auf- und zugeschlossen: dann herrscht wieder Totenstille.

Am andern Morgen erfuhr ich, daß Schneider, ein Sträfling aus dem vierten Stock, plötzlich in der Nacht wahninnig geworden sei, sein Fenster eingeschlagen, dem Oberaufseher den Nachttopf an den Kopf geworfen und ihn dann zu erdauern verurteilt habe. — Man hatte ihn fesseln und ins Krankenhaus schaffen müssen.

(Fortsetzung folgt.)

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Donnerstag, 22. Jan. B. 33. „Cristmanns Erzählungen“, phantastische Oper in 3 Akten, einem Vor- und Nachspiel von Offenbach. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Freitag, 23. Jan. A. 32. „Pygmalion“, Komödie in 5 Akten von Shaw. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Badischer Landtag.

15. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 19. Januar.

Präsident Hohrurst eröffnet die Sitzung um 4.20 Uhr. Am Regierungstisch: mehrere Regierungsvertreter. Im Eingang befinden sich verschiedene Petitionen: des Gemeinderats der Gemeinde Weiler (Amt Sinsheim) um Erbauung einer Eisenbahn; des Komitees für Errichtung einer Kalkstiege in Wallmatingen; des Bad. Reallehrervereins, die Lage der Reallehrer betr. Ferner ging ein Schreiben des Gr. Ministeriums des Innern ein mit Erklärung der Bereitwilligkeit zur Beantwortung der Interpellation der Abgg. Banischbach u. Gen., die Versorgung des Hinterlandes mit elektrischer Kraft betr. Die Interpellation soll in den nächsten Tagen behandelt werden.

Bericht der Petitionskommission

und Beratung in Betreff der Nachweisungen über die Erledigung der dem Staatsministerium während des Landtags 1911/12 von der Zweiten Kammer überwiesenen Petitionen.

Abg. Wittemann (Zentr.) gibt den Bericht der Petitionskommission. Insgesamt wurden von der Zweiten Kammer der Großh. Staatsregierung im ganzen 144 Petitionen überwiesen, von denen 79 empfehlend, 55 zur Kenntnisnahme, 10 teils empfehlend, teils zur Kenntnisnahme. In eine sachliche Prüfung konnte die Kommission nicht eintreten. Alle Petitionen haben ihre Erledigung gefunden. Es bleibt den Mitgliedern überlassen, zu den Petitionen Stellung zu nehmen.

Präsident Hohrurst: Es ist Sitte, die Petitionen, zu denen neue Anträge gestellt sind, bei dieser Gelegenheit nicht zu besprechen, sondern zu warten, bis diese neuen Anträge zur Verhandlung gelangen.

Es wird in die Einzelberatung eingetreten.

Abg. Graf (Zentr.) äußert sich zur Bitte der Stadtgemeinde Sinsheim um Errichtung eines Amtsgerichts in Sinsheim. Die Petition ist empfehlend überwiesen worden. Der Redner wünscht, daß die Regierung die Sache nicht auf die lange Bank schiebe. Da Sinsheim die Zentrale des Hegaus und das Bedürfnis dringend ist, wäre die Errichtung eines Amtsgerichts zu begrüßen. Bei gutem Willen wird sich ein Weg ergeben. Die Wünsche Sinsheims zu befriedigen, ohne die gegenpetitionierenden Stadtgemeinden Engen und Radolfzell zu verletzen.

Abg. Dietrich (natl.) unterstützt die Wünsche um Errichtung eines Amtsgerichts in Sinsheim. Die Regierung sollte diese Wünsche unterstützen.

Abg. Bendeby (F. Sp.) unterstützt ebenfalls die Wünsche. Nur vermahnt sich der Redner dagegen, daß vom Amtsgericht Konstanz Orte weggerissen werden und zu Radolfzell geschlagen werden, nur um es Engen bequem zu machen. Das Amtsgericht Konstanz ist auch nicht überflüssig, wie behauptet wird.

Abg. Schürmeister (Zentr.) ist auch für ein Amtsgericht in Sinsheim. Wegen des Vorstoßes des Abg. Graf auf Abweisung von Orten vom Amtsgericht Radolfzell müsse er jedoch protestieren.

Abg. Graf (Zentr.) bemerkt, daß er nur einen Vorschlag machte. Die Hauptfrage sei ihm die Errichtung eines Amtsgerichts in Sinsheim.

Abg. Kolb (Soz.): Es ist außerordentlich zu bedauern, daß der Wunsch des Professors Dr. Riffel, der um staatliche Unterstützung seines hygienischen Forschungsinstituts petitionierte, noch nicht erfüllt ist. Es ist dringend nötig, den Wünschen des 80jährigen Forschers entgegenzukommen, da solche im allgemeinen Interesse liegen.

Abg. Dr. Gerber (natl.) unterstützt ebenfalls die Wünsche von Prof. Riffel.

Abg. Kramer (Soz.): Der Wunsch um Unterstützung des Forschungsinstituts ist zu unterstützen. Ich spreche die dringende Bitte aus, die wertvollen Forschungen des Professors Riffel zu unterstützen. Bedauerlich ist, daß dies nicht bisher schon geschah.

Abg. Bendeby (F. Sp.) unterstützt ebenfalls die Petition.

Abg. Banischbach (konj.) dankt der Regierung für die Erfüllung der Redarschiffe.

Abg. Krauth (natl.) schließt sich diesen Ausführungen an.

Abg. Gerle (konj.) und Banischbach (konj.) bitten, Adelsheim beim Bau einer neuen Zrenanstalt zu berücksichtigen.

Abg. Gähring (natl.) tritt ebenfalls in dieser Hinsicht für Adelsheim bzw. für das Hinterland ein.

Abg. Niederbühl (natl.) tritt bei der Petition der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen dafür ein, daß die Wanderlager von der Bedürfniswahl abhängig gemacht werden.

Abg. Reinhardt (Zentr.) spricht zu der Petition der Pferdezüchter.

Abg. Martin (Zentr.) und Weichhaupt (Zentr.) befürworten

das Gesuch des Gemeinderats Böggingen um einen Staatsbeitrag zur Verbesserung des Baues der Ahdach.

Abg. Dr. Gerber (natl.) spricht zur Eingabe des Gemeinderats Mengingen betr. die weltliche Feier der Kirchweih in Mengingen, die sehr viel Staub aufwirbelte. Man sollte die diesbezüglichen Wünsche erfüllen.

Abg. Nebmann (natl.) richtet an die Gr. Regierung die Anfrage, ob sie an eine Abänderung des § 18 des badischen Armengesetzes denkt.

Vom Regierungsvertreter wird darauf hingewiesen, daß dieser Gesetzentwurf in dieser Session behandelt wird.

Abg. Dr. Blum (natl.) tritt für das Gesuch der Veteranenvereinigung Offenburg um Gewährung von Beihilfen an bedürftige ehemalige Kriegsteilnehmer ein. Die Bedürfnisfrage sollte mehr in Betracht gezogen werden.

Abg. Fischer (konj.) schließt sich diesen Ausführungen an.

Abg. Bitter (natl.) spricht in gleichem Sinne.

Abg. Süßkind (Soz.): Man sollte unter allen Umständen dafür sorgen, daß den Kriegsteilnehmern, die so Großes leisteten, ein besserer Lebensabend geschaffen wird. Wir stellen in dieser Hinsicht im Reichstag weitgehende Anträge. Von der Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber den bedürftigen Veteranen ist oft wenig zu vernehmen. Wenn ein Veteran Mitglied des Militärvereins ist, so hat er mit weniger Schwierigkeiten zu rechnen.

Abg. Hauser (Zentr.) bittet, bei Erörterung von Beiträgen nicht so minutiös vorzugehen.

Abg. Red (natl.) schließt sich dem an.

Abg. Dr. Gerber (natl.) wendet sich gegen den Abg. Süßkind. Es ist nicht richtig, daß die Mitglieder der Militärvereine gegenüber anderen begünstigt werden. Die Behandlung der Kriegsteilnehmer an den verschiedenen Bezirksämtern ist manchmal verschieden; hier wäre eine größere Einheitlichkeit nötig.

Abg. Duffner (Zentr.) begrüßt das einmütige Eintreten des Hauses für die Veteranen. Der Vorwurf des Abg. Süßkind ist unberechtigt; die Behandlung der Veteranen sei eine gleichmäßige. Wenn die sozialdemokratischen Reichstagsvertreter Anträge für die Veteranen stellen, so sollen sie auch für Schaffung der nötigen Mittel sorgen.

Abg. Bendeby (F. Sp.): Erst neulich hörten wir, wieder von Notschreien von Veteranen. Hier sollte noch mehr getrieben. Statt für patriotische Feste, sollte mehr Geld für die Veteranen ausgegeben werden.

Abg. Fischer (konj.) tritt ebenfalls für die Veteranen ein.

Abg. Reinhardt (Zentr.): Abg. Süßkind verwechselt die Gewährung von Beiträgen vom Reich mit der der Jubiläumstiftung. Es sind mir nämlich Fälle bekannt geworden, daß Leute erst dann Beiträge von der Jubiläumstiftung erhielten, nachdem sie dem Arbeiterverein beigetreten waren. (Hört, hört!)

Abg. Süßkind (Soz.): Ich gebe zu, daß ich mich irrt und die Jubiläumstiftung meinte. Ich habe den Leuten, die hier abgewiesen wurden, dann geraten, dem Militärverein beizutreten. Infolge dessen sind sie in die Jubiläumstiftung aufgenommen worden. Infolge dessen sind sie in die Jubiläumstiftung aufgenommen worden.

Abg. Wagner (natl.) teilt mit, daß bei der Jubiläumstiftung jahresgemäß Militärvereinsmitglieder in erster Linie unterstützt werden.

Abg. Dr. Gerber (natl.): Der badische Militärverein macht keinen Unterschied zwischen den Kriegsteilnehmern. Wir machen in den Militärvereinen keine Politik.

Abg. Kolb (Soz.): Es steht also fest, daß bei der Jubiläumstiftung ein Unterschied zwischen den Empfängern gemacht wird. Es steht dies jedenfalls mit der Absicht der Geber in Widerspruch. Tief bedauerlich ist, daß so wenig Geld für die Kriegsteilnehmer ausgegeben wird. Man sollte hier weniger hohe Töne gebrauchen und den Kriegsteilnehmern mehr Geld geben.

Abg. Kramer (Soz.): Wenn man vorgibt, unparteiisch zu sein, so sollte man unter keinen Umständen Unterschiede zwischen den Empfängern machen, wie das der Fall ist.

Abg. Köhler (Zentr.): In den Militärvereinen wird auch Politik getrieben.

Abg. Duffner (Zentr.) bemerkt, daß das, was getan worden ist, keine hohen Töne seien, sondern eine ansehnliche Summe sei.

Abg. Bitter (natl.) spricht zur Bitte der Gemeinde Weiblingen um eine Wasserleitung.

Abg. Süßkind (Soz.): Ein höherer Beitrag für die Wasserleitung der Gemeinde Weiblingen ist zu begrüßen. Die Gründung eines Zweckverbandes wäre hier vorteilhaft gewesen. Die Wasserleitung hätte hier sehr tun sollen.

Regierungsvertreter: Die Regierung konnte nicht mehr tun.

Abg. Köhler (Zentr.) spricht zur Petition des Landstraßenwärtervereins. Eine Gleichstellung mit den Landstraßenwägern in anderen Ländern ist zu begünstigen.

Abg. Banischbach (konj.), Martin (Zentr.), Spang (Zentr.), Red (natl.), Hartmann (Zentr.), Reinhardt (Zentr.), Hummel (F. Sp.), Müller-Ehms (konj.), Morgenthaler (Zentr.), Wittemann (Zentr.), Duffner (Zentr.) schließen sich den Ausführungen an.

Präsident Hohrurst bittet die Redner, sich in ihren Ausführungen zu beschränken. Die ausführliche Behandlung dieser Fragen gehört in das betreffende Budget.

Abg. Kramer (Soz.): Unsere Fraktion steht den Wünschen der Landstraßenwärter freundlich gegenüber. Bei Behandlung des Ministeriums des Innern werden wir darauf zurückkommen.

Abg. Gähring (Zentr.) unterstützt die Bitte des früheren Revisionskassachäfers Josef Drexler in Karlsruhe um Wiederverwendung im staatlichen Dienst.

Abg. Kolb (Soz.): Es ist der große Regierung dringend ans Herz zu legen, für den Mann etwas zu tun, wenn es irgendwie geht.

Die Abgg. Red (natl.), Wittemann (Zentr.) schließen sich dem an.

Abg. Gähring (natl.) spricht zur Petition des Verbandes badischer Feuerbestattungsvereine. Die entsprechende Verordnung sollte empfehlend überwiesen werden.

Vom Regierungsvertreter wird mitgeteilt, daß ein Entwurf ausgearbeitet würde.

Abg. Red (natl.) unterstützt die Bitte des Gemeinderats Leutscheneuren um Herabsetzung ihres Beitrags zur Straßenunterhaltung.

Abg. Banischbach (konj.) spricht zur Bitte der Gemeinden des Redarials um Erstellung einer festen Brücke bei Diebesheim.

Abg. Duffner (Zentr.) bittet bei der Petition um Abänderung der Hundetage, den Bewohnern von abgelegenen Tälern entgegenzukommen.

Abg. Schöpfle (konj.) dankt für die Staatsbeiträge an die Gemeinden Ellmendingen und Dietershausen.

Abg. Krauth (natl.) spricht zur Petition der Kolonie Iggelsbach.

Zur Bitte von früheren Dagländer Ortsbürgern, die Nichterfüllung der von der Stadt Karlsruhe übernommenen Verpflichtung zur Erstellung einer Straßenbahnverbindung betr., bemerkt

Abg. Kolb (Soz.): Das Ministerium teilt mit, daß die Stadt Karlsruhe keine Schuld trifft, wenn die Zusage bisher nicht erfüllt wurde; wozu die Regierung dann weiter bemerkt, daß zunächst die in ihrer Tragweite nicht voranzuhende Aenderung der Staatsbahnlinien im Westen der Stadt und die Ungewißheit über die Ausgestaltung der Verkehrswege in jener Gegend wie über die Erweiterung der Hafenanlagen einer Entscheidung über die Ausdehnung der Straßenbahnlinien entgegensteht, auch jetzt ist an eine Ausführung solcher Linien insofern wohl nicht zu denken, als nicht zwischen der Stadt und der Eisenbahnverwaltung eine Einigung darüber erzielt ist, in welcher Weise die schienengleichen Ubergänge der neuen Bahnlänge und auf welchen Kosten sie befristet werden sollen. Dies ist der wesentliche Grund, weshalb die Stadt das Gesuch bisher ablehnen mußte. Durch den Bau der Süddeutschen Eisenbahn ist etwas abgeholfen. Dies genügt jedoch nicht. Es läßt sich hierüber sehr viel sagen. Nachdem jedoch heute kein Regierungsvertreter des Eisenbahnwesens anwesend ist, werde ich beim Eisenbahnbudget darauf zurückkommen.

Abg. Dr. Gähring (F. Sp.): Im Verwaltungszwangsbereich existieren viele Mängel. Verständlich ist, wenn die Gründe, die von der Regierung vorgetragen werden, den Dagländern nicht beweiskräftig erscheinen. Was die Dagländer wollen, ist nur das Recht, das sie auf Grund des Eingemeindungsvertrages glauben beanspruchen zu können.

Vom Regierungsvertreter wird auf die Schwierigkeiten hingewiesen. Stadt, Generaldirektion und Südd. Eisenbahngesellschaft hatten den besten Willen, die Wünsche zu erfüllen. Die Verzögerung entstand durch die Ablehnung des Projektes im Bürgerausschuß.

Abg. Kolb (Soz.): Es läßt sich manches über den guten Willen der Generaldirektion reden. Die Stadt Karlsruhe würde gerne die Wünsche erfüllen; sie ist aber durch die Generaldirektion gebremst.

Präsident Hohrurst teilt mit, daß ein Antrag Blum (natl.) und Gen., Aenderung des Wohnungsgeldes betr., Ziegelmeher (Zentr.) und Gen., Bau einer Autoklinie bei Destringen betr., eingegangen ist.

Nächste Sitzung: Dienstag vormittag 9 1/2 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung des Berichts der Petitionskommission. — Schluß der Sitzung: 6 1/2 Uhr.

Theater und Musik.

Posttheater Karlsruhe.

Das Ende der Woche brachte uns eine einseitlich abgerundete Aufführung, die durch den begünstigten Schwung ihrer Sprache besonders auf die jugendlichen Zuschauer einen mächtigen Eindruck ausübte. Man gab den ersten Abend des Schillerischen dramatischen Gedichts „Wallenstein“, bestehend aus „Wallensteins Lager“ und „Die Piccolomini“, in welchen beiden Teilen einige nennenswerte Umkehrungen stattgefunden haben. Das Haus war sehr gut besetzt und neben der Schuljugend ließen sich auch die Alten gerne von dem gewaltigen Damm der flammenden Sprache mit fortziehen. Die umsichtige und sorgsame Regie Otto Rienschers trug ganz bedeutendes zur Vervollständigung des eindringlichen Gesamteindrucks bei. So war das erste Bild: „Winterlager bei Pilsen“ von echtem, rauhem, kriegerischem Soldatenleben durchwogt. Das Zusammenspiel der vielen kleineren Rollen war von natürlichem Fluß, wie überhaupt die Massenrollen ungemein lebensvoll und farbenreich aufbaut waren. Neu war diesmal Josef Karl als „Wachtmeister“, den er dank seiner imposanten Erscheinung zu einer kernigen, schärfingelichten Gestalt herausarbeiten konnte. Gut war ferner nach der fälschlich gedruckten „Kappuziner“ Karl Dappers. Auch Fritz Herzogs „Krafftier“ trat durch seine scharfe Kontur plastisch in den Mittelpunkt der bunten Lagerzener. — In „Die Piccolomini“ trat zunächst der neubesezte „Wallenstein“ in den Brennpunkt des allgemeinen Interesses. Es war das erstmal, daß man Felix Baumhach den Friedländer Herzog übertragen hatte. Sein Erfolg in dieser neu angelegenen Rolle war ein voller und unbeschnittener. Klar und funkenhaft war die charakteristische Linie dieses ersten, vom Sternenhimmel beherrschten Charakters behandelt. Die der Ueberlieferung nahe kommende Maske, die würdevolle Darstellung und nicht zuletzt die rhetorische Ausdehnung dieser schwierigen Rolle erheben außerdem noch die Wallenstein-Verkörperung F. Baumhachs zu einer lobenswerten Prachtleistung. Neben seiner erregenden Gemessenheit bildete der jugendlich-ungefährlich ausfallende „Max“ des Reinhold Lüttjohann einen wirksamen Gegensatz. Auch für ihn gilt nur das Lob uneingeschränkter Anerkennung. Die Heerführer unter Wallensteins Befehl waren mitunter prachtvolle Kriegergestalten von markantem Gepräge. Das gilt vor allem vom alten Alo (Fritz Herzog), vom trefflichen Butler (Karl Dapper) und vom Ungarn Jolani (Paul Gemmede). In ihren alten Rollen bewährten sich auch diesmal wieder: B. Wassermaier (D. L. tatio) und Hugo Höder (Quetsenberg). Neben Marie Frauendorfers liebevoller und treubesorgter „Herzogin“ löste auch Melanie Ermarth als „Thella“ aufrichtige Sympathie bei den Hörern aus. Sie wußte aus reinem Herzensgrunde dieser zur ersten Liebe erwachsenen Jungfräulichkeit das feuchte Wesen und die liebliche Anmut zu verleihen. Schätzlich sei auch noch Lina Carstens mit Lob bedacht, die durch ihre „Gräfin Terzky“ angenehm überraschte und sich als den Ansprüchen vollumfänglich bewährte.

Das Haus nahm die Vorstellung beifallsfreudig auf.

W. Sch.

Carmen.

Die „Carmen“-Aufführung am Samstag gab Elise Eversmann Gelegenheit, sich als „Micaela“ um das freizuerwerbende Fach der jugendlichen Dramatischen zu bewerben. Weiblich das aber gerade als „Micaela“ geübt werden muß, will nicht recht klar werden. Die Dame soll doch in das Partienfach der aussehenden Maria Lorenz-Höllischer eintreten und da wäre es doch zunächst erforderlich, zu wissen, wie es bei der Dame um eine Elsa, Elisabeth, Sieglinde, Santuzza, Desdemona, Agathe, Gutrune, Ramona, Margarete u. s. bestellt ist. Außerdem ist doch die „Micaela“ (wie auch die „Lindie“) längst in den bewährten Händen von Th. Müller-Reichel, die ja geradezu wie geschaffen für diese Figuren ist. Doch „Schwamm drüber“... wir haben das Bewundern verdient — besonders beim derzeitigen neuen „Regiment“. Ueberrasschen würde es uns keineswegs, wenn eines schönen Tages ein fünfziger Bewerber für das schäufelne Liebhäberfach auch noch als „Mota“ gastiert. Doch nun zum Stoff. Der Gesamtindruck war ungleichmäßig; die vermeintlichen Momente überwiegen die bejahnenden. Man lasse sich jedenfalls nicht zu der billigen Trostspendung hureihen: „Ja, es kann sich ja noch im Laufe der Zeit manches beheben lassen und zur Reise vollenden lassen“. Unsere Oper ist ja nun glücklich schon auf dem Punkt angelangt, der ein Zwartorn, bis die engagierten Mitglieder endlich teil geworden sind, nicht erträgt. Außerdem dürften wir die Nase von diesem lagen Gefälligkeitsstoffsystem genügend voll haben. Man braucht sich nur des „Jofis“ zu erinnern. Halb-einen werten uns zurück; auf jedes Fach gehört eine ganze Kraft! Von anderen Gesichtspunkten aus kritisiert, kann vielleicht für den einzelnen schmeichelhaft sein, aber unserm derzeitigen Zustand gar nichts nützen! Es ist schlecht gedient, wenn man einer Person zuliebe das Ganze unterläßt. Wir wollen deshalb erst nach einer aus-

gesprochenen Sachrolle über die Engagementsmöglichkeit des Gastes urteilen.

Wesfreudigen konnte die „Carmen“ von Gertrud Runge (Mannheim); sie hatte raffines Temperament, Leidenschaft und war auch stimmlich von Bedeutung. Zu einer Vergewaltigung des „Hoffmann“ fügte nun Martin Wilhelm wieder diejenige des wehlosen „Don José“ hinzu. Es wird wohl nicht schmerzhaft empfunden werden, wenn wir über dieses Mitglied unserer Oper für die Zukunft die Äugen schließen. Mag die Intendantur und ihr musikalischer Oberberater zusehen, wie sie der gerechten Empörung des Publikums gegenüber bestehen können.

W. Sch.

Kunst und Wissenschaft.

* Der Naturhistorischer Verein Dietlingen, der im Sommer vorigen Jahres das Lichtspiel zur Aufführung brachte, hielt am Sonntag eine Mitgliederhauptversammlung ab, welche sich mit dem finanziellen Ergebnis des Unternehmens beschäftigte. Vom Mai bis Oktober vorigen Jahres waren 30 Vorstellungen gegeben worden, welche mit den Einnahmen aus Textbüchern, Ansichtskarten usw. insgesamt 70 670 Mk. einbrachten. Diefen Einnahmen stehen Gesamtausgaben von rund 96 944 Mk. gegenüber, sodas der Naturhistorischer Verein mit einem Defizit von rund 26 274 Mk. abschließt. Diefen Schulden stehen allerdings die Bühnenanlage, Requisite, Kostüme usw. gegenüber. Der weitaus größte Teil der Ausgaben entfällt auf die Spiel-einrichtung und Theateranlage mit rund 75 000 Mk. Die Rechnung fand die Genehmigung der Versammlung. Im Sommer 1914 wird Goethes „Götter und Dämonen“ zur Aufführung gelangen.

* Spende zur Krebsbehandlung. Der Universitätsfrauen-Klinik in Freiburg i. B. — Direktor Geh. Rat Prof. Dr. König — wurde zur teilweisen Deckung der großen Unkosten, welche die Behandlung des Krebses mit Röntgenstrahlen und radioaktiven Substanzen in dieser Anstalt erfordert, von hochherzigen Spendern, die ungenannt bleiben wollen, die Summe von 156 000 Mk. zur Verfügung gestellt.

* Die Koblenzweilfestspiele werden auch im Jahre 1914 fortgesetzt. Direktor Vöthler wird wieder die Leitung übernehmen. In Vorschlag sind folgende Stücke: „Sommerabend“, „Jungfrau von Orléans“, „Götter und Dämonen“, „Wallensteins Lager“, „Wilhelm Tell“. Die vorjährigen Spiele haben bekanntlich mit einem bedeutenden Ueberschuß abgeschlossen.

Badische Politik.

Die amtliche Karlsruher Zeitung zur Finanzdebatte in der Zweiten Kammer.

Die amtliche Karlsruher Zeitung brachte in ihrer Sonntagsnummer an leitender Stelle eine Betrachtung über die allgemeine Finanzdebatte in der Zweiten Kammer. In dem Leitartikel wird u. a. ausgeführt: Die diesmalige Finanzdebatte, ist insofern besonders bemerkenswert, als sie in einer nach neuen Wahlen zusammengetretenen Kammer erfolgte. Die Ansicht die schon nach Beendigung der Wahl hier und da geäußert wurde, nämlich, daß die Art und Weise der fraktionellen Zusammenlegung einen mächtigen Einfluß auf den Gang der Verhandlungen ausüben würde, hat sich anscheinend bewahrheitet. Wie der Herr Staatsminister am Mittwoch mit Recht hervorhob, war die politische Temperatur in der Zweiten Kammer im Allgemeinen eine gemäßigte. Das gelangte in den Reden der Führer klar zum Ausdruck. Wenn auch einzelne Redner, so die Sprecher des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Demokratie gelegentlich schärfere Töne anschlugen, so war die Tendenz nach maßvoller, besonnener Beurteilung der Dinge doch nicht zu verkennen. Jedenfalls stand der Ton, der in der Zweiten Kammer von den Fraktionsrednern angeschlagen wurde, in einem bemerkbaren und zwar angenehmen bemerkbaren Gegensatz zu dem Ton, den man aus den Neuerungen der parteipolitischen Presse in der letzten Zeit gewohnt war. Wenn diese ruhigere Art der Beurteilung, wie sie in der Zweiten Kammer in Erscheinung trat, auf die Presse etwas abfärben sollte, könnte das nur mit der größten Freude begrüßt werden.

Daß das Gesamtministerium völlig in sich geschlossen ist und die Ereignisse mit harmonischer Uebereinstimmung der Anschauungen beurteilt, dokumentierte sich schon rein äußerlich in der Tatsache, daß die Angriffe des Zentrums auf den Minister des Innern und den Kultusminister in Sachen des Jesuitenpaters Cohausz vom Staatsminister beantwortet wurden, der dabei auf das Nachdrücklichste betonte, daß das gesamte Ministerium die Verantwortung für die bekannten Vortragsverbote übernehme.

Inzufrieden

Ist unser Freiburger Parteiorgan, die „Volkswacht“ mit dem Verlauf der allgemeinen Finanzdebatte. Es geht aus den Bemerkungen der „Volkswacht“ nicht genau hervor, ob ihre Kritik auch auf die beiden Redner der sozialdemokratischen Fraktion gemünzt sind. Auch wir sind der Meinung, daß diese Debatte enttäuscht hat, allein Schuld unserer Genossen ist das sicher nicht. Die Redner der beiden großen bürgerlichen Parteien haben sich gerade in der Behandlung der politischen Fragen eine auffallende Zurückhaltung auferlegt, die selbstverständlich nicht ohne Einfluß auf den Verlauf der Debatte war. Die Genossen Kollb und Dr. Frank haben mit ihrer Meinung gewiß nicht hinter dem Berge gehalten. Wenn unser Kollege von der „Volkswacht“ die beiden Redner gehört hätte, würde er sicher seiner Zufriedenheit Ausdruck gegeben haben.

Der „Badische Beobachter“

veröffentlichte in seiner Sonntagsnummer ein Stimmungsbild über die Finanzdebatte von einem auswärtigen Besucher. Dieses „Stimmungsbild“ ist so ziemlich das Dummste und Erbärmlichste, was wir seit langem im „Bad. Beobachter“ gelesen haben. Schämt sich denn das Zentralorgan der badischen Zentrumspartei nicht, solchen perfiden Leistungen seine Spalten zu öffnen?

Der Ausschuh der Vertrauensmänner der zweiten Kammer beschloß, diese Woche die Budgets des Staatsministeriums, der Münz- und Salinenverwaltung, der Oberrechnungskammer, ferner die Rechnungsabrechnung und die vergleichende Darstellung der Rechnungsergebnisse, sowie die Interpellationen über die preussische Eisenbahnkonkurrenz und die Zollvergütung an das Reich zu verhandeln. Nächste Woche beginnen die Sitzungen am Mittwoch mit dem Budget des Ministeriums des Innern.

Ein günstiger Abshluß der Staatsbahnen für das Jahr 1913.

Nach einer amtlichen Darstellung betragen die geschätzten Verkehrseinnahmen des Jahres 1913 gegenüber den endgültigen Einnahmen des Jahres 1912 im Personenverkehr rund 1203 000 Mark mehr und im Güterverkehr rund 1 682 000 Mark mehr. Von den gesamten Verkehrseinnahmen mit 2 885 000 Mk. gehen 60 000 Mk. als weniger Einnahmen aus sonstigen Quellen ab, so daß im ganzen gegenüber den endgültigen Einnahmen von 1912 die geschätzte Mehreinnahme für 1913 rund 2 825 000 Mk. beträgt.

Bei der endgültigen Feststellung der Verkehrseinnahmen in den ersten 6 Monaten des Jahres 1913 hat sich eine weitere Mehreinnahme von rund 476 000 Mk. ergeben. Man darf nach den bisherigen Erfahrungen annehmen, daß eine ähnliche weitere Mehreinnahme, wenn auch nicht gerade von verhältnismäßiger Höhe, sich auch für die übrigen 6 Monate ergeben wird, so daß man dem obigen 2 825 000 Mk. jedenfalls noch rund 800 000 Mk. zuschlagen kann. Die Mehreinnahme des Jahres 1913 gegenüber 1912 wird somit eine endgültige Festsetzung vorbehalten, rund etwa 3 625 000 Mk. betragen.

Schwarze Toleranz.

Wenn man das Zentrum sich über die Jesuitenfrage, das Klosterwesen usw. äußern hört, so trieft es förmlich von Toleranz und Duldsamkeit. Sobald es sich jedoch um Menschen und Dinge außerhalb des Zentrums und der Klerisei handelt, da stellt sich das Zentrum den Erscheinungen ganz anders gegenüber. Es war ja bekanntlich von jeder das Ziel des Ultramontanismus, alle Menschen „glücklich“ zu machen — nur mußten sie eben ultramontan sein. Dies gilt auch vom Zentrum.

In ihren Reden zum badischen Etat sangen diesmal die Sprecher des Zentrums vorzugsweise das Hohelied von der Duldsamkeit; galt es doch, Stimmung zu machen für Jesuitenfrage und Kloster. Ganz anders liegen jedoch die Dinge, wenn man auf v r o t t i c h e S a n d-

lungen des Zentrums zu sprechen kommt. Hierauf wurde im der letzten Sitzung des badischen Landtags in charakterisierender Weise hingewiesen. Es gibt wohl kaum eine drastischere Widerlegung von der Duldsamkeit des Zentrums, als sie der fortschrittliche Landtagsabgeordnete Hummel erwähnen konnte, als er hinwies, daß das Zentrum ihm (der konfessionslos ist) das Recht abstreiten wollte, badischer Landtagsabgeordneter zu sein, weil er konfessionslos sei. Eine eigenartige Illustration zur Entrüstung des Zentrums über Unduldsamkeit!

Einen weiteren Beitrag zur Charakteristik des Zentrums lieferte in der gleichen Sitzung Genosse Dr. Frank, indem er mit beifolgendem Hohn feststellte, daß nun, nachdem uns das Zentrum in schärfster Weise bekämpfte, es gerade uns braucht, um seine Wünsche in der Jesuiten- und Klosterfrage durchzuführen zu können. Indem Genosse Frank betonte, daß er hiervon überrascht sei, daß er es als Genugthuung empfinde, daß uns das Zentrum nunmehr zum Kampfe um die Freiheit der Kirche brauche, daß das Zentrum, das von uns verlange, was es selbst mit Füßen trete, lieferte er einen Beweis dafür, wo wahrhaft christliche Grundsätze mehr zu Hause sind: bei der „religionsfeindlichen“ Sozialdemokratie oder beim „allerchristlichen“ Zentrum? Das Zentrum wird sich zwar darüber nicht alterieren, denn Machtpolitik ist seine Parole, und nicht ethische Sentimentalität.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 19. Jan.

Am Bundesratsitz Staatssekretär Dr. Delbrück. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten.

Zunächst beginnt eine Geschäftsordnungsdebatte, in der Abg. Dr. Basser mann (natl.) beantragt, den am Samstag angenommenen Antrag auf Scheidung der Materie in Sozialpolitik und in Wirtschaftspolitik wieder aufzuheben. Am Schluß der kurzen Debatte stellt Präsident Dr. Kaempf fest, daß durch diesen Antrag zunächst die am Samstag beschlossene Trennung der Diskussionen wieder aufgehoben ist und daß sich der Senatentomben demnach mit dieser Frage beschäftigen werde. Darauf wird die 2. Beratung des

Etat des Innern

fortgesetzt. Abg. Dr. Mayer-Kaufbeuren (Zentr.): Der Rückgang der Konjunktur zeigt sich am deutlichsten in dem erscheidenden Rückgang des Eisenports neben dem Rückgang des Imports an gemünztem Gold. Diese Depression ist international und dürfte mit der Balkankrise in Verbindung stehen. Neben diesem Tiefstand der Konjunktur sehen wir auch einen Tiefstand des Geldmarktes und zwar nicht nur bei uns, sondern auch in Rußland und Frankreich. Eine wahre Sintflut kommunaler Anleihen ist an den Geldmarkt gekommen und eine weitere Steigerung ist zu erwarten. Die Einfuhr der Rohstoffe und Lebensmittel ist in letzter Zeit etwas zurückgegangen und unsere wirtschaftliche Lage hat sich bedeutend verbessert. Zum erstenmal war im vorigen Jahr unsere Handelsbilanz im Ausland dem Ausland gegenüber aktiv. Die Hauptursache liegt in der guten Ernte und in der erhöhten Viehzucht. Wenn in verschiedenen Großstädten die Fleischpreise hoch sind, so hat das ganz andere Ursachen, als unsere Zollpolitik; ebenso steht es mit den Getreidepreisen. Dauerlich ist es, daß das Rheinisch-Westfälische Kohlenbündel und der Stahlwerkverband unsere einheimische Industrie gegenüber dem Ausland benachteiligen. Hier sollte der Staat ein gewisses Aufsichtsrecht über die Kartelle haben. Der Staatssekretär hat Anlaß, dafür zu sorgen, daß die Zollschikanen in Frankreich und Rußland verschwinden. Eine durchgreifende Aktion der Regierung gegenüber den Vorgängen in Mexiko, die zahlreichen deutschen Geldgebern Verluste zu bringen drohen, ist notwendig.

Abg. Reinath (natl.): Der Rückgang der Konjunktur ist nicht katastrophal eingetreten, sondern war längere Zeit vorauszu sehen. Zu begrüßen ist es, daß man sich immer mehr an das Papiergeld gewöhnt; dadurch wird unsere Volkswirtschaft elastischer. Ein Gemmis ist immer noch der Scheitelpunkt. Die Novelle zum Kaligesez erwarten wir begierig. Wir bedauern die Auswüchse der Kartelle, halten diese größeren Organisationen aber für eine Notwendigkeit, da durch sie unserer ganzen Volkswirtschaft eine größere Festigkeit verliehen wird und sie für alle Volksteile, auch für die Arbeiter, von der größten Bedeutung ist. Unsere Sozialpolitik ist vorbildlich auch für andere Länder. Es muß allerdings Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit des Gewerbes und der Industrie genommen werden. Wünsche bestehen immer noch und sie müßten nach Möglichkeit erfüllt werden. Reibhaft bedauern wir, daß die Kommission den Antrag für die olympischen Spiele abgelehnt hat. Die Wandererfürsorge erfordert eine erhöhte Aufmerksamkeit. Es sollten im ganzen Reich Wandererstützstätten errichtet werden. Eine einheimische Bekämpfung der Tuberkulose von Reichswegen muß eintreten. Hoffentlich kommt das Reichswohnungsgezet bald zustande. Die Landwirtschaft ist erfreulicherweise in eine etwas bessere Lage gekommen. Die Viehzucht zeigt einen nicht unerheblichen Aufschwung, dagegen befindet sich der Weinbau in einer trostlosen Lage. An der Rückkehr unserer gegenwärtigen Wirtschaftspolitik halten wir fest. Die Industrie hat das größte Interesse an einem langjährigen Handelsvertrag.

Abg. Gräfe (kon.): Die Empfindung ist irrisch, als ob wir keine Fortsetzung der Sozialpolitik wünschten. Wir verstehen unter Sozialpolitik aber nicht nur den Schutz der arbeitenden Klassen, sondern auch einen gerechten Ausgleich in dem wirtschaftlichen Kampf. Ein übertriebenes Tempo halten wir allerdings nicht für angebracht. Unrichtig ist es, wenn die Sozialdemokratie von einer allgemeinen Wohnungsnot der ländlichen Arbeiter spricht. Auch wir bedauern die Ablehnung des Reichsausschusses zu den olympischen Spielen. Wir verlangen einen größeren Schutz der Arbeitswilligen. Jeder Arbeiter soll sich derjenigen Organisation anschließen können, die ihm ausagt. Die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften in der Frage des Streikpostenstehens bedauere ich; besonders der Mittelstand leidet unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Von Parteien darf der Mittelstand nicht abhängig sein. (Stürmische Zurufe links.)

Abg. Polpiak (Pole): Die polnisch sprechenden Arbeiter, namentlich in Oberschlesien, werden sehr schlecht behandelt und werden von ihrer Schule getrieben nur wegen ihrer politischen Gesinnung. Auch sucht man ihr Wahlrecht zu beschränken. Darauf wird die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr verlagert. Vorher kurze Anfragen. — Schluß nach 6 Uhr.

Der dritte Krupp-Prozeß.

Der dritte Krupp-Prozeß gegen die Zeuggießerei Tilia n und Genossen begann am Freitag vor dem Oberkriegsgericht des Berliner Gouvernements. Bekanntlich wurden die Zeuggießerei Tilia n, Schleuder, Hinsh, Hoge, Feuerwerker Schmidt und Militärintendantursekretär Pfeiffer, letzterer vom preussischen Kriegsministerium, wegen passiver Befehdung, militärischen Ungehorsams und Verletzung des Spionagegesetzes Zege zu

48 Tagen Festungshaft, die anderen von 2 bis 6 Monaten Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt. Der siebente Angeklagte Richard Drose, ehemaliger Zeuggießereibefehlshaber, der seit einiger Zeit Bureauangehörter der Firma Krupp in Essen ist, wurde zu 3 Wochen gelinder Arrest verurteilt. Dieser hat auf die Berufung verzichtet, ebenso der Gerichtsherr, so daß gegen Drose das Urteil rechtskräftig geworden ist. Dagegen haben die anderen Angeklagten und auch der Gerichtsherr Berufung eingelegt. — Den Vorsitz der heutigen Verhandlung führt Oberst Schulz; Verhandlungsführer ist der Beihilfe Oberkriegsgerichtsrat Dr. Glasewald, Vertreter der Anklage ist Kriegsgerichtsrat Thierische; die Verteidigung führen Rechtsanwalt Kurt Ulrich, Justizrat Dr. Barnau, Rechtsanwalt Grass, Rechtsanwalt Thurn.

Angeklagter Oberintendantursekretär Pfeiffer bestreitet, sich irgendwie schuldig gemacht zu haben. — Der Angeklagte Zeuggießereibefehlshaber Hoge bestreitet ebenfalls, sich irgendwie schuldig gemacht zu haben. Es sei ihm bekannt, daß die Direktoren der Firma Krupp bei den Schießversuchen auf den verschiedenen Schießplätzen zugegen seien, daß vor der Firma Krupp in artilleristischer Beziehung es keinerlei Geheimnisse gäbe; er habe aber dem Brandt trotzdem keinerlei Mitteilung gemacht, sondern seine Fragen über neue Dinge nur bestätigt. Er habe darin nichts Unrechtes gesehen, da er sah, daß Brandt doch über alles unterrichtet war, und er wollte einem älteren Kollegen im Avancement in seiner Stellung bei Krupp gern behilflich sein. Er habe sich niemals von Brandt frei halten lassen. Infolge unglücklicher Familienverhältnisse habe er einmal von Brandt ein Darlehen von 1000 Mk. sich erbiten und auch erhalten, dies habe er ihm aber mit 4 1/2 Prozent Zinsen voll zurückgezahlt. Auch der Angeklagte Feuerwerker Schmidt bestreitet, sich schuldig gemacht zu haben. Er habe dem Brandt nur einige Male Preise von Submissionen mitgeteilt, die Brandt angeblich auch sonst erfahren haben würde. Er bestreitet auch, sich der Befehdung schuldig gemacht zu haben.

Soziale Rundschau.

* 13. badischer Malerverbandsstag. Der am Sonntag in Heidelberg abgehaltene 13. Verbandstag des badischen Maler- und Ländereimerverbandes beschäftigte sich u. a. mit den Submissionsämtern und der Beteiligung an der Jubiläumsausstellung 1915 in Karlsruhe. Besprochen wurde weiter die Arbeitsvergebung durch Gemeinden. Nach Erhaltung des Geschäfts- und Rechnungsbüros wurde der Vorschlag für 1914 genehmigt. Der Mitgliederbeitrag hat sich auf 640 erhöht. In einer Aussprache wurde eine Teilung des süddeutschen Verbandes angeregt und zwar wollen Baden, Elsaß, Pfalz und Hessen einen eigenen Verband gründen. Nach der einstimmigen Wiederwahl des Gesamtvorstandes wurde beschlossen, im Jahre 1915 in Karlsruhe zu tagen.

* Mannheim, 18. Jan. Der Aufsichtsrat der Mannheimer Milchzentrale beabsichtigt nach Maßgabe des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, die Genossenschaft in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Der Stadtrat hat beschlossen, auch dann, noch seine Beteiligung aufrecht zu erhalten und einen zur etwaigen Aufzucht des Stammapitals erforderlichen Betrag zu übernehmen.

* Freiburg, 18. Jan. Das Ministerium hat die Errichtung eines Kruppelheims in Freiburg genehmigt. Das Heim soll im Mai 14. in Betrieb werden; die ärztliche Leitung übernimmt Hochschulprofessor Dr. Wisch.

Aus der Partei.

* Weingarten, 18. Jan. „Heinrich Heine“ lautete das Thema, worüber Gen. Trinks am letzten Samstag referierte. Zunächst gab der Vortragende ein Lebensbild des Vielgeschäftsmägen und Vielgeliebten, der sich heute noch des fanatischen Hasses aller Nationalisten erfreut. Hiernach las Gen. Trink eine Reihe erster und weiterer heineische Gedichte vor. Die Versammlung, welche hätte besser besucht sein dürfen, gab ihrer Befriedigung über das Gebotene durch lebhaften Beifall Ausdruck. Mit der Hoffnung, daß der Vortrag das Interesse für Dichtung und Dichter erweckt und gestärkt und mit der Aufforderung für einen zahlreichen Besuch des nächsten Vortrages, den Gen. Dr. Kullmann am Samstag, 21. Februar, über den „historischen Materialismus“ hält, wurde die Versammlung geschlossen.

Berichtszeitung.

* Der Schwurgerichtsausschuh vor den Geschworenen. Das Schwurgericht in Mannheim verurteilte den Arbeiter August Brutt, der in Verlangen einen Raubmordversuch vorgenommen hatte, zu 6 Jahren Zuchthaus an denen 6 Monate für Unteruchungshaft abgehen. Außerdem wurden dem Verurteilten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt. Sein Onkel Martin Christian Brutt wurde wegen Anstiftung zum Raubmord unter Anklage gestellt, von dem Schwurgericht aber von der Anklage freigesprochen.

* Ein ungetreuer Bürgermeister. Der frühere Bürgermeister Kolonialwarenhändler A. K o s l i von H e t t e n h e i m an der Bergstraße wurde von der Strafkammer zu Darmstadt wegen Unterschlagung zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Unterschlagungen zu ungünstigen einigen Stiftungen sollen sich auf etwa 20 000 Mark belaufen.

* Schwere Jungen. Vor der Strafkammer in Mannheim wurde eine sehr schwere Körperverletzungssache verhandelt. Auf der Anklagebank saßen 7 Juristen im Alter von 20—30 Jahren, die schlimmsten Mordtaten von Mannheim, welche bei einem Zusammenstoß mit Studenten der Ingenieurschule diese zum Teil schwer verletzt hatten. Einer der Angeklagten erhielt 3 1/2 Jahre Gefängnis, die anderen kamen mit geringeren Strafen von einem Jahr und darunter davon.

Neues vom Tage.

Grubenunglück.

Essen a. d. Ruhr, 19. Jan. Auf der Erzgrube „Friedrich“ stürzten gewaltige Gesteinsmassen ab. Drei Verletzte blieben auf der Stelle tot, zwei andere wurden schwer verletzt.

Mitgeteilt Herzog Friedrich von Glücksburg. Hildesburg, 19. Jan. Das Automobil des Herzogs Friedrich Ferdinand von Glücksburg überfuhr heute das 5jährige Kind des Kapitäns Hauffenmeyer in Eckenförde. Das Kind war im letzten Augenblick vor das vom Herzog gesteuerte Auto gesprungen. Es war sofort tot. Der Herzog stieg aus dem Wagen und verunglückten Knaben sofort nach dem Unfall einen Besuch ab.

Lebensrettung.

Braunschweig, 19. Jan. Der Flügeladjutant des Herzogs von Braunschweig, Hauptmann von G r o n e, rettete gestern in der Nähe von Ribdagshausen, wo auf dem Kreisfeld an zwei Stellen ein Knabe und ein Mädchen eingebrochen waren, diese und einen älteren Herrn, der bei dem Rettungswerk gleichfalls eingebrochen war. Herr von Grono mußte völlig erschöpft an Land gebracht werden.

Der Wahlkampf im 7. badischen Reichstagswahlkreis.

Offene Anfrage.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee des 7. bad. Reichstagswahlkreises richtet an den Zentrumsstandbuden Herrn Prof. Dr. Wirth folgende offene Anfrage:

Wie uns von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wurde, sollen Sie letzte Woche in einer Versammlung in Zunsweier die Behauptung aufgestellt haben, die Sozialdemokratie sei schuld an der Tabaksteuererhöhung. Wenn Sie wirklich eine solche Behauptung aufgestellt haben, so fordern wir Sie auf, dafür die Beweise zu erbringen.

Das sozialdem. Wahlkomitee.

Aus dem Lande.

Baden-Baden.

Der Bildungsausschuss veranstaltete letzten Freitag den zweiten Vortragsabend im Zirkus der „Gesellschaft des Sozialismus“. Der Besuch war ein guter. Die Hörer kamen aber auch voll und ganz auf ihre Rechnung, denn Gen. Trinks behandelte den deutschen Bauernkrieg in einer so verständlichen Weise, daß auch der Unbedeufene der Sache folgen konnte. Die interessanten Ausführungen des Redners über die Ursachen der Erhebungen in den verschiedensten Teilen des deutschen Reiches, welche mit dem Beginn der Reformationszeit zeitlich zusammenfielen, die elende Lage des Bauernstandes und die schweren Fronendienste, dann die rücksichtslose Ausbeutung und Annektung der Bauern durch die Ritter und Fürsten, auch die Ausfaltung durch die Weisheit, die an der Unterdrückung ganz hervorragend beteiligt war, führte uns Gen. Trinks treffend und verständlich vor Augen. Die Zusammenrottungen der Bauern unter Führung der wohl großen Häupter, aber unbefähigsten waren und jeglicher Kriegstatist entbehrten, sowie die Verdrückung durch die Oberbehörden von Niederlage zu Niederlage. Wir hörten auch, wie eng damals die sozialpolitischen Beziehungen mit den kirchlichen verbunden waren. Der Vortrag bot für jeden Arbeiter des Interesses so viel, man hörte allgemein nur sich betrieblig äußern, daß alle Zuhörer jetzt schon auf den nächsten Vortrag, der kommenden Freitag, 23. d. M., ebenfalls vom Gen. Trinks im „Watturigsäle“ stattfindet, gespannt sind. Zu wünschen wäre auch, daß sich die Gewerkschaften ebenfalls auftraffen würden und an den Parteigenossen ein gutes Beispiel im Besuch eines solchen Vortrags nehmen würden.

Osnaburg.

Bürgerauschussfraktion. Die Bürgerauschussmitglieder der sozialdemokratischen Partei treffen sich heute Dienstag abend 8 Uhr zu einer Sitzung in der „Alten Palz“. Vollständiges Erscheinen erwünscht.

Soldatenschnitzerei. Letzte Woche hatte eine Abteilung Rekruten vom Regiment Nr. 170 auf dem Schießstand Dienst. Als einem Rekruten das Geschöß verpatete, gab der diensttuende Feldwebel Fünfer mit einem Säbel dem Rekruten einen Pieb über den Rücken, daß der Geschlagene das Lager aufsuchen mußte. Es wäre von Seiten des Obersten dringend nötig, die Sache gründlich zu untersuchen und dahin zu wirken, daß solche rohe Delikte für die Zukunft unterbleiben.

Mannheim, 19. Jan. Bei der Rheinischen Porzellanfabrik ist man durch ein anonymes Schreiben an die Staatsanwaltschaft auf umfangreiche Diebstähle aufmerksam geworden. Von seiten der Kriminalpolizei wurden in Hebesheim bei mehreren Arbeitern, die in der Fabrik beschäftigt sind, Hausdurchsuchungen vorgenommen, die so viel gestohlenen Porzellanutage förderten, daß es in Rufen durch die Güterbesitzer nach Mannheim gebracht wurde.

Mannheim, 18. Jan. Wegen des Treibeises mußte die durchgehende Rheinischbahn eingestellt werden. Railwärts ist der Rhein noch bis Mainz fahrbar, von da an ist das Treibeis so dicht, daß Schiffe nicht mehr fahren können. Das Treibeis auf dem Neckar ist dünn, es gerstetert bei dem geringsten Stoß. Der Arbeiter Karl Schadt stürzte im Gaswert Lugenberg rückwärts in einen Behälter mit heißem Wasser und wurde schwer verletzt. Seit Westehen des neuen Amtsgerichtsgebäudes werden schon wiederholt in demselben, sozusagen unter den Augen Madame Justitias Diebstähle ausgeführt. Den Schöffinnen wurden schon die Liebersteher aus dem Beratungszimmer gestohlen, während sie vorn vordreht über einen Diebstahl zu Gericht saßen. Nunmehr wurde einer Fußfrau des Amtsgerichts wieder ein neuer Mantel und ein Rock gestohlen. Die Beamten des Amtsgerichts veranstalteten eine Sammlung und konnten der Frau für ihren Verlust die Summe von 22 Mk. übergeben.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 20. Januar.

Erweiterter Parteiaussschuss.

Die Mitglieder des erweiterten Parteiaussschusses, sowie die Bezirksmitglieder werden wiederholt zu der morgen Mittwoch abend 7 1/2 Uhr, im „Auerhahn“ stattfindenden wichtigen Sitzung eingeladen.

Frauensektion.

Den Genossinnen zur Nachricht, daß diese Woche die Lesenden wiederbeginnen und zwar am Donnerstag, 22. ds. Mts., abends 7 1/2 Uhr, im „Auerhahn“, Schützenstraße 58. Wir eruchen die Genossinnen, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. In die Genossen möchten wir die Bitte richten, ihre Frauen und Töchter auf die Lesenden, welche der Aufklärung und Belehrung unserer Sache dienen, hinzuweisen.

Heil!

Die „Residenz-Wacht“, das Organ der Karlsruher deutschnationalen Kadaverhelden, das die Unverschämtheit besitzt, sich „Organ für die — sozialen Bestrebungen der Handelsangestellten“ zu nennen, bringt in dem „Briefkasten“ ihrer letzten Nummer folgende Stillschläue:

„D. G., Karlsruhe. Ob wir das volksfreundliche Phrasengebimmel gelesen haben? Ja! Aber Genuß konnten wir keinen davon finden. Es mag ja sein, daß es auch Leute gibt, die an so einem lauterwelschem Zeug ihren Gefallen finden. Unsere „deutschnationalen Erziehung“ hat uns andere Begriffe von gesellschaftlichen und politischen Sitten gelehrt, als dies eben je in das Gehen eines „Auch-Handlungsgehilfen“ vom Schlage der kristallisierten Jugendhelden vom Zentralverbänden je hineingehört. Obwohl es dem Zentralverband und seinen Trabanten von Transport- und Handelshilfsarbeitern, Kaufleuten, Hausknechten, Badern usw., die doch sonst das Gras wachsen hören, bekannt sein mußte, daß wir wegen der Ortskrankenkassenwahlen als einziger hiesiger kaufmännischer Verein auch nicht einen Finger krumm gemacht haben, wird nach echter sozialdemokratischer Moral freilich, „frei“ und jedenfalls auch „recht“, die Lüge verbreitet, wir hätten an dem Ausfall dieser Wahlen ein Interesse gehabt! Daß der „Verband der echt volksfreundlichen Leute“ weiß wie er gesunkert hat, geht schon daraus hervor, daß wieder alle Käufe, die je einem diebeil Helben über die Leber getrieben sind, schleunigt uns in den Berg gesetzt werden.

Die Schlagwortbrecherei vom „Standesdünkel“ zieht nicht mehr, umsoweniger, als sich die zentralverbändertlichen Größen am volksfreundlichen Himmel nicht genug entblenden können, den Standesdünkel ihrer proletarischen „Genossen“ als „Klassenbewußtsein“ zu glorifizieren.

Im übrigen haben wir genug Humor, den Tag herbeizulassen, an welchem die Zentralverbändler nebst Transport- und Handelshilfsarbeitern, Kaufleuten, Hausknechten und ihr intelligenter Anhang von der „interessanten Nase“, im Kampf, im rüchsigelosen (!) Kampf, der zum Ziele führt“ die Arbeitgeber mit Haut und Haaren aufreizen werden.

Wenn sie in dieser Arbeit bei „ihren“ Arbeitgebern anfangen, dann wollen wir dem wegen seiner Vereinfachung zur Weichenheit gewordenen Zweigelschlechterverbänden allen im Laufe der Jahre verbrachten Klumpfuß verzeihen und neidlos anerkennen, daß es schließlich doch eine Exzitensberechtigung gehabt habe.

So wie wir die gesinnungstüchtigen „Genossen“ kennen, glauben wir aber nicht, daß sie sich, so wenig wie in der Vergangenheit, in den nächsten 100 Jahren an „ihren“ Arbeitgebern vergreifen werden.

Die Wertigung, die wirkliche und denkende Handlungsgehilfen der Ortskrankenkasse entgegenbringen, haben sie durch ihren Massenaustritt bewiesen. Und daß sie die Wahlen die Transportarbeiter, Hausknechte, Kaufleute und Badner selbst besorgen ließen, stellt ihrer „deutschnationalen Erziehung“ kein schlechtes Zeugnis aus.

Wären diese „Klassenbewußten“ Leute doch ihre Unterstützungsgelder selbst aufbringen und die in den höchsten Massen zahlenden Handelsangestellten nicht für solche Feh halten, ihnen diese Sorge für ewige Zeiten abzunehmen!

Das Kadaververbändchen hält, wie in derselben Nummer der „Residenz-Wacht“ befanntgegeben wird, am 7. Februar eine närrische Sitzung ab. Da ist der famosen Schriftleitung, der wir nicht dringend genug einen Kurios im Deutsch- und Rechtsdreiben anempfehlen können, offenbar der obige für die Narrenzeitung bestimmte Ergruß in die „Residenz-Wacht“ geraten. Was ja allerdings nicht zu

verwundern ist, denn „wischen „Residenz-Wacht“ und einer Narrenzeitung ist ja selten ein Unterschied. Der närrischen, teutschnationalen Redaktion aber rufen wir als Dank für die freundigen, humorvollen Augenblicke, die sie uns durch die Lektüre dieser „kristallisierten, eingeschlehtlichen Tugendheldenleistung“ bereitet hat, ein kräftiges: „Narren-Heil“ zu!

Reden der Abgeordneten Böttger und Kolb

in der öffentlichen Volksversammlung am Sonntag, 18. Januar. Erhaltung und Erweiterung des Realisationsrechts, so lautet das Thema, über das der

Landtagsabgeordnete Richard Böttger-Mannheim

sprach. Er führte aus: Wenn wir über die vergangene Tage einen Nachruf halten wollen, so werden wir finden, daß es recht drüftig ist, was uns im Jahre 1913 auf dem Gebiete der

Sozialpolitik

an greifbaren Erfolgen besichert wurde. In der Unfallversicherung z. B. besteht immer noch der unwürdige Zustand, daß der Arbeiter oder die Arbeiterin, wenn sie von einem Unglücksfall betroffen werden, ein Drittel des Risikos zu tragen haben, das heißt, daß das Gesetz nicht in der Lage ist, die Arbeiter für den wirtschaftlichen Nachteil voll zu entschädigen. Weiter sei darauf verwiesen, daß bei der Invalidenversicherung dem Arbeiter kein Recht auf die Einleitung eines Heilverfahrens zusteht, wenn er in einem ungefunten Gewerbe seine Gesundheit ruiniert hat. In solchem Falle kann der Arbeiter die Versicherungsanstalt nicht vor das Gericht zitieren, sondern er ist nach wie vor auf die soziale Einsicht der Versicherungsträger angewiesen. Es sei auch ferner daran erinnert, daß man das Selbstverwirklichung der Arbeiter in den Krankenkassen beschränkt hat. Wir haben erlebt, daß sämtliche bürgerlichen Parteien in einer Arbeiterfrage, die jüngst den Reichstag beschäftigte, in der Frage der völligen Sonntagsruhe für die Handelsangestellten, völlig verjaagt haben, und daß es der Sozialdemokratie vollständig überlassen blieb, die Interessen der Handlungsgehilfen zu wahren.

Wie sieht es mit der

Arbeitslosenfürsorge,

die in der letzten Woche den Reichstag beschäftigt hat, aus? Auch hier haben wir ein scheues Zurückweichen der Reichsregierung und ein völliges Versagen der bürgerlichen Parteien. Die Reichsregierung verweist uns in dieser Frage auf die einzelnen Bundesstaaten und diese wiederum erklären, es sei Sache des Reiches, diese Materie zu regeln. Die Arbeitslosenversicherung ist auch für die badische Arbeiterchaft insofern von aktuellem Interesse, als von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion beantragt wurde, die Summe von 100 000 Mk. für die Arbeitslosenfürsorge einzustellen. Aber die badische Regierung hat dafür nichts übrig gehabt, es wird der sozialdemokratischen Fraktion überlassen werden, in dieser Frage neue Anträge zu stellen. Bezeichnend ist die Haltung des Zentrums, es hat im badischen Landtag gegen die Arbeitslosenfürsorge gestimmt, und nun hat es mit den Sozialdemokraten den gleichen Antrag im Landtag gestellt!

Das Zentrum scheint in bezug auf Sozialpolitik überhaupt ganz eigentümliche Ansichten zu vertreten. In der letzten Woche, bei der allgemeinen Finanzdebatte, hat der Abgeordnete Lehner in der Kammer ein Lamento darüber angestellt, daß die sozialpolitische Fürsorge sich nicht auch auf die landwirtschaftliche Bevölkerung erstreckt; sie dürfe nicht nur auf die Arbeiterversicherung beschränkt werden. Das sagt derselbe Zentrumsführer, der im letzten Landtag gegen die Einführung der Ortskrankenkassen für die Landarbeiter gestimmt hat. Die einzelnen Arbeitervertreter in der Zentrumskraktion stimmen ja in solchen Fragen in der Regel mit der Sozialdemokratie aus Rücksicht auf die Arbeiter.

Ein alter „Nieber“ Bekannter von uns, der Verband der Industriellen, hat dem Landtag eine ziemlich umfangreiche Petition zugehen lassen, in der gegen die Arbeitslosenfürsorge scharf Stellung genommen wird, ja gegen die Freiheitsbestrebungen der Arbeiter überhaupt. Redner gibt im Anschluß hieran einen interessanten historischen Rückblick auf die Versuche, die Arbeiterschaft zu knebeln und zu unterdrücken. Im Jahre 1878 kam das erste

Ausnahmegesetz

gegen die Arbeiterschaft, das Sozialistengesetz. Es war ein Ausnahmegesetz, das ganz hervorragende Opfer an die Arbeiter stellte; hunderte von Familienvätern mußten über die Grenze flüchten und kamen in die Gefängnisse. Mit der Nieberknüppelung der politischen Arbeiterbewegung nahm man zugleich auch eine Anebelung der freien Gewerkschaften vor. Nachdem das Sozialistengesetz 1890 aufgehoben war, dauerte es zwar nicht lange, und die Reaktionäre verlangten ein anderes Ausnahmegesetz gegenüber der Arbeiterschaft. Die Industriellen

Die Tragödie der Todesangst.

(Zur Vorlesung der Sieben gehentken im großh. Konseratorium in Karlsruhe am 22. Januar.)

Aus der inhaltsstärkeren, schicksalsgewaltigen Hochflut der modernen russischen Literatur, einjam wie ein Leuchtturm in den trübsten Lebensgeföhls, ragt ein Buch seltsamer Art, dessen inbrünstige Flamme tief hineinleuchtet in jenes unerlöste Meer des Seins, wo an ewigen Riffen ewig ungebändigte Wogen immer und immer wieder gerschehen. Ich meine Leonid Andrejew's Geschichte von den sieben Gehentken.

Sieben Verurteilte, zwei gewöhnliche Raubmörder und fünf Terroristen, harren Tag für Tag in ihrer engen Zelle des Morgens, da man sie vor Tagesgrauen hinausführen wird zum hängenden, erlösenden Tode. Durch die unheimliche Nachtstille des Gefängnisses dröhnt die Uhr vom Glodenturm. Gellend fallen die Stunden in die Einsamkeit wie in eine dröhnende Metallkugel, kreischen auf wie der Klageruf entleerter Zugbögel. Und der Blick der Sterbelinge ist ungewandt auf jene einzige, immer näher und näher rüdende Morgenstunde gerichtet. Doch nicht alle fürchten sie in gleicher Weise. Nicht allen tritt er in derselben Schredgestalt vor die Seele, der stumme, allmächtige Tod, der wie ein schattenhafter Schemen plöflich in der finsternen Zelle jeder einzelnen Zelle steht und Gericht hält über das Leben, das nicht sterben will. Das Leben steht ihn von Angesicht zu Angesicht und krümmt und windet sich unter seinem eifigen Blick; oder es erhebt sich vor ihm zu stolzer, siegreicher Größe, mit strahlendem Blick, der den dunklen Gast verschleudert und hinüberleuchtet in geistige Unsterblichkeit.

Es ist immer derselbe kalte, gewalttätige Tod. Und es scheint auch immer dasselbe warme Leben, das er vorfindet. Und doch, wie verschieden gestaltet sich dies Leben nur unter seinen gleichsam schöpferischen Händen. Wie klein, wie armstellig und verächtlich macht er den einen, und wie übermenschlich stark leitet er den anderen durch sein dunkles Tor zu lichtvoller Erlösung! Wie jämmerlich winkt da der Minister im fremden Palais, wo er Schutz suchte vor dem geplanten Mord. Das gleiche Licht der unheimlichen Nacht, das durch die Spiegelscheiben ungewohnt auf sein Bett fällt, weckt in ihm das Gefühl der Unsterblichkeit aller Miegel und Waden. Die jüngsten terroristischen Taten treten vor sein schlafloses Auge. Grausige Bilder plagen der Bomben, gersetzter Leiber und verprügelter Bestine jagen vorbei. Die Stille und die Schatten des fremden Zimmers reden zu ihm von der schredlichen Stunde, die dort auf dem Rifferblatt

steht und einmal, irgendeinmal herauspringen wird, unenterrinnbar und ungeahnt. . .

Daselbe Schredbild, in noch unerträglichere Nivalität gebleibt, wandert durch die Zellen der Verurteilten und tritt an jeden heran mit seiner stummen, grausamen Frage: Wer bist du? Da kommt keine Lüge und kein falscher Mut. Vor dieser kleinen, eifigen Frage erwacht in jedem das tiefere, eigene Ich. Geküßt wie ein getretener Hund, mit der unklaren Vorstellung des vernommenen Todesurteils im idiotischen Gehirn, tauret Jan Janson, der Hausknecht und simple Raubmörder im Winkel, während Michaja, der Bogenner, die schillernde Romantik seiner verewogenen Raubereitelkeit ganz unwillkürlich mit prahlerischer Gebärde in einem wilden Narrenanzug der Phantastie ausstraft. Bis ihn der jähe Schred der letzten Stunde um so wilder packt. Wie ganz anders sehen die meisten der gefangenen Terroristen, Menschen von höherer Bildung und folgerem Charakter der gleichen Stunde entgegen. Zanja Kobalskaja, das junge Mütterchen mit den gültigen Augen, denkt zwar auch an den Tod. Doch nicht an den ihrigen, sondern an den, der Sergejs blühende Jugend und Michajas heilige Parteit verdrienen wird. Auch der junge, rotbadige Sergej befestigt sich lächelnd der Gelassenheit. Seine großen blauen Kinderaugen träumen hinaus zur lieben Frühlingssonne und trinken sich an ihrem Lichte satt. Und sein Herz mag nicht verzagen. Stets schob ja sein Hoffinn alle Lebensverneinung lächelnd beiseite. Doch was ist das auf einmal? Die lärmende, schaurige Meinung wölht mit Umgehung des stillenstarken Geistes den Weg durch seinen jungen, gefunden Körper. Im plötzlichen Organismus vollzieht sich bei ihm der langsamere Zusammenbruch, der animalische Zerlegungsprozess der Energie, der ihn schließlich müde macht für den endgültigen Schritt.

Und wieder anders gestaltet sich die ganz, neunzehnjährige Michaja für diesen Schritt vor. Ihre stolzen dunklen Augen bliden stumm und sicher. Ihr Gesicht ist von jener leuchtenden Wärme, hinter der das Feuer heißen Lebens brennt. Michaja hat keine Angst. Michaja ist glücklich! Sie glaubt nicht an den Tod. Unmöglichkeit der Wirtverfälschung jubelt auf in ihr. Sie fühlt sich eingehen in die Gemeinshaft der Verdammten, die von alters her über Scheiterhaufen hinweg durchs hohe Himmelstor geschritten sind. Ist das wirklich der Tod? Ist das nicht dieselbe geiteigerte Leben? Sie weiß es nicht. Aber sie fühlt: das muß erlebt sein! Mit der gleichen stolzen Innahbarkeit überwindet auch Werner den schleichenden Todgedanken. Im täglichen Umoana mit Narrenheit und Lüge längst Lebens- und

kampfesmüd geworden, aber ungebrochen in seiner trohigen Verachtung, sieht er mit unheimlicher Furchtlosigkeit seinem Schicksal entgegen wie etwas völlig Gleichgültigem. Um sich die Zeit zu vertreiben, spielt er in Gedanken eine Schachpartie. Doch wie wird plöflich auch ihm, dem Kühnen, Ueberlegenen? Bangsam bröckeln seine Gedanken ab und konzentrieren sich um das andere, das morgen früh kommen soll, um jenes große, letzte Erleben! Doch was er empfindet, ist nicht Furcht. Sondern übermächtige, aufjubelnde Freude. Um ihm herum fluten die Mauer der Enge, und ungehemmt flutet zum erstenmal seine verschlossene Seele ihr übervolles Leben aus in einem Schwall allumfassender, übermenschlicher Liebe! Liebe, liebe Kameraden! Diesen Herzensschrei auf den Lippen geht Werner den letzten Gang hinaus in den frohigen Morgen. Und mit ihm schreiben die andern. Auf alle legt nun der Tod, der leibhaftige, physische Tod, die gleiche plumpe Hentershand. Doch was vermag er noch? Sind sie nicht alle längst gestorben in sich selbst, jenes andern Todes, der die Kleinen und Feigen gerbricht, die Solgen um Oben aber unsterblich macht!

Dies Werk modernster Seelenanalyse hat in seiner Art nicht seinesgleichen. Aus tiefstem sozialem Mitleid geboren, vom Oben kühnster Lebensbejahung durchglüht, vereint es die Elementargekraft einer großen Dichtung mit dem flammenden Rhythmus eines geistigen Schlagschlags des flieghaften Lebens. Und sein innerer Reichtum scheint mehr zu sein, als das gesamte Werk eines einzelnen. Es scheint herausgewachsen aus dem tiefsten Erleben einer ganzen Rasse, die dem Tod ins Auge zu schauen gewohnt ist, aus der erschütternden Schicksalskraft russischen Volkes. Es ist mehr als ein Meisterwerk. Es ist das Dokument einer Epoche.

Dr. A. Brödt.

Buchhandlung Volksfreund

Wir empfehlen den Kosmos, Handweiser für Naturkunde jährlich 12 Hefte und 6-8 Buchbeilagen. Preis 5.— Mark Soeben erschienen: Javern, Militärarchie und Militärjustiz von Hermann Wendel. Preis 10 Pf., Porto 3 Pf.

Wir empfehlen ein herrliches Buch von J. A. Auerz „Nach zehn Jahren“, geb. 3 Mk. Material und Stoff zur Geschichte des Sozialistengesetzes mit einer Nachdrucknummer des „Sozialdemokrat“ vom 27. September 1890 als Beilage.

Die Organisation des Gewerkschafts in Belgien. Preis 25 Pf., Porto 10 Pf.

verlangten, daß der Arbeiter, der seine Arbeitsstätte verläßt, mit Haft bestraft werden sollte. Wenn es nach den Herren der Junkern- und Großindustriellen ginge, würde für den Arbeitervertrag die preußische Gefindeordnung gelten, wo der Arbeiter mit der Polizei auf seinen Arbeitsplatz zurückgebracht werden kann. Jene Gefindeordnung, die in einzelnen Landes-teilen dem Dienstherrn noch das Bücklingsrecht einräumt. (Pfeifer.)

Im Jahre 1886 hat ein neue Geze der Unternehmer einge-
 stellt, um die gewerbliche Arbeiterschaft unter ein Ausnahmeger-
 setz zu stellen. Es war dies die berühmte 11. Märzvorlage,
 die in den vier Jahren in der Öffentlichkeit spudte. Es sei be-
 sonders die Tatsache festgehalten, daß es die Nationallibe-
 rale waren, die sich nicht genug für diese Vorlage ins
 Zeug legen konnten.

Zwei Jahre später kam die berühmte Dielefelder
 Kaiserrede, in der jedem Zuchthaus angeordnet wurde, der
 einen anderen an freiwilliger Arbeit hindert. Wir wollen es
 als beschämende Tatsache feststellen, daß zur Zuchthausvorlage
 auch die badische Regierung den Scharfmachern nicht nur
 Material zur Verfügung stellte, sondern, daß auch der badische
 Vertreter im Bundesrat für sie eintrat. (Pfeifer) Die Begrün-
 dung der Zuchthausvorlage durch die Regierung war so kläglich
 und das Material so dürftig, daß selbst ihre Verfasser keine
 rechte Freude daran hatten; die Regierungsvertreter wollten
 schließlich selbst nichts mehr davon wissen, umiomehr als die So-
 zialdemokratie zu Gegenmaßnahmen überging, indem sie den An-
 trag einbrachte, daß derjenige, der den Arbeiter an der Aus-
 übung des Koalitionsrechts hindert, mit 3 Monaten Gefängnis
 bestraft werden soll. Die Unternehmer versuchten dann und ver-
 suchten es noch, die Arbeiter durch alle möglichen Schikanen zu
 schädigen, es sei nur an die schwarzen Listen erinnert und an die
 Tätigkeit der verschiedenen Arbeitsnachweise, die nichts anderes
 sind, als ein Mittel, die Arbeiter niederzubrüden. Aber alle
 Schikanen haben nichts genutzt, alle Maßnahmen, Unter-
 drückungen waren zwecklos, die Arbeiterschaft steht heute gefestig-
 ter da als je.

Die Frage des

Koalitionsrechts

Ist nun durch den Antrag der Konserverativen im Reichstag, in
 dem u. a. das Streikpolizeistehen generell verboten werden soll,
 hochaktuell geworden. Die ganze deutsche Arbeiterschaft
 legt einstimmig den schärfsten Protest gegen diese neuen arbeiter-
 feindlichen Bestrebungen ein. In Wirklichkeit sind ja die Para-
 graphen der Gewerbeordnung (§§ 152, 153), die für das Koalitions-
 recht in Frage kommen, schon Ausnahmestimmungen.
 Man kann z. B. den Reichsfanzler noch so schwer beleidigen, es
 kann eine Geldstrafe ausgesprochen werden. Wer aber einem
 Subjekt der Hinzugehörte gegenüber, das den Streik systematisch
 bricht, das Wort Streikfrevler gebraucht, muß mit Gefängnis
 bestraft werden. Sie haben hier den eskatantesten Beweis, daß
 hier ein Ausnahmegeretz für die Arbeiter besteht. Ein Arzt, der
 seine Berufskollegen Streikfrevler nennt, wird freigesprochen,
 weil er in Wahrung berechtigter Interessen handelte. Dem Ar-
 beiter aber wird dieser Schutz versagt. In den letzten Wochen ist
 ein Vertrag bekannt geworden, der zwischen den großen Kohlen-
 firmen des westfälischen Industriegebietes abgeschlossen wurde,
 und der beweist, daß wir bezüglich des Terrorismus gegenüber
 den Scharfmachern die reinsten Maßregeln sind. Nach diesem
 Vertrag dürfen Arbeiter, die unter Vertragsbruch die Arbeit
 niedergelegt haben, während 6 Monaten nicht angenommen wer-
 den. Ein anderer Paragraph des Vertrags besagt, daß wer
 diesem Vertrag zuwiderhandelt, mit einer Konventionalstrafe von
 1000 Mk. belegt wird.

Was es mit der „Nütigung“ der Arbeiter für ein Bewandnis
 hat, sieht man am besten, wenn man erfährt, wie die Arbeiter in
 die gelben Organisationen gezwängt werden. Redner verliest
 einige geradezu erschütternde Briefe solcher Genossen, die in den
 gelben Verein gezwängt wurden. Unsere Schlußfolgerung, die wir aus
 allem zu ziehen haben, sind die, daß wir nach wie vor eifrig
 am Ausbau unserer politischen und gewerkschaftlichen Organi-
 sationen arbeiten, dann wird es möglich sein, auch gegen den
 neuen gegen uns geplanten Schachzug aufzukommen und wir
 werden dazu überlegen können, der Arbeiterschaft ein wirkliches
 freies Koalitionsrecht zu erringen. Lebhafter Beifall wurde den
 Ausführungen des Gen. Vöttinger zuteil.

Koalitionsrecht oder Militärdiktatur lautete das Thema des
 zweiten Vortrags, worüber Genosse

Koll

sprach. Er führte aus: Als wir vor einigen Wochen im kleinen
 Festhallsaal eine Protestversammlung gegen die

Zaberner Vorgänge

abhielten, dachten wir nicht, daß wie in so kurzer Zeit wieder
 genötigt wären, eine Protestversammlung gegenüber neuen Vor-
 kommissen abhalten zu müssen. Es wird auch keine Verurteilung ge-
 gen die freisprechenden Urteile eingelegt werden, da eine solche
 völlig aussichtslos ist.

Wenn wir uns die Zaberner Vorgänge vergegenwärtigen,
 ziehen wir vor Tatsachen, die niemand begreifen kann. Es gibt
 auf der ganzen Welt kein Volk, das sich mit solcher Geduld, wie
 das deutsche, etwas derartiges gefallen läßt. Die militärische
 Komarilla soll aber doch nicht zu sehr auf diese Geduld bauen.
 Was aber noch bedauerlicher ist, als das Urteil im Falle Zabern,
 das ist die Haltung unseres Nationalliberalismus. Darin illu-
 striert sich die Macht des deutschen Volkes nicht, daß derartige
 Vorgänge im deutschen Reich möglich sind. Die „Frankfurter
 Zeitung“ hat recht, wenn sie schreibt, das Urteil bedeutet eine
 Niederlage des deutschen Bürgertums.

Erst bei der letzten Gerichtsverhandlung am Samstag hat
 man erfahren, daß der Leutnant v. Fortner in Wirklichkeit 6
 Tage Stubenarrest erhalten hat. Zabern ist die deutsche
 Stadt im Elsaß, sie hat immer einen Reichsparteiler in den
 Reichstag gesendet. Wenn der Oberst Reutter ein Mann wäre,
 bei dem nicht die Rechtsbegriffe völlig verwirrt sind, dann hätte
 er die Zustände in Zabern sofort aus der Welt schaffen können.
 Wenn sich einer aus unseren Reihen das zuschulden kommen
 lassen hätte, wie die Offiziere, ein paar Monate Gefängnis
 wären ihm sicher gewesen. Der Oberst v. Reutter hat sich einfach
 über das Gesetz und Verfassung hinweggesetzt und sich auf eine
 Kabinettsordre vom Jahre 1820 berufen, einer Zeit, in der außer
 Baden kein einziger deutscher Staat eine Verfassung hatte. Diese
 Kabinettsordre kann gar keine Geltung mehr haben, denn seit-
 dem haben die deutschen Staaten eine Verfassung bekommen.
 Sonst könnte ja der deutsche Kaiser jeden Tag ganz einfach die
 Verfassung durch eine Kabinettsordre aufheben.

Neben dem Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow war es
 der deutsche Kronprinz, der in das schwebende Verfahren
 gegen Oberst v. Reutter eingriff. Man ist ja vom deutschen
 Kronprinzen manches gewöhnt, aber was er hier getan hat, ist
 geradezu unglücklich. Die Freisprechung der Offiziere ist eine
 Parade auf den Begriff Rechtsprechung. Das Vorgehen des
 Leutnants Fortner, das vom Gericht noch gebilligt wurde, ist
 keine Verteidigung von Ehre, sondern ein Akt großer Bru-
 talität. Ein anderer würde mit Monaten Gefängnis wegen
 erschwerter Körperverletzung bestraft werden; und von uns würde
 sich niemand dagegen aufregen, wenn ein derartiger Feigling
 seine verdiente Strafe erhalten würde. Wenn das Militärgericht
 sich über die vom obersten Beamten des Reiches anerkannte Ge-
 setzesverletzung einfach hinwegsetzt, so ist das ein Beweis dafür,
 wie weit die Verachtung der Gesetze seitens des Militarismus in
 Deutschland schon gediehen ist. Wenn man der Energie der

Junker die Energiehaftigkeit des Bürgertums gegenüberstellt,
 dann hat man die Ursache unserer Zustände. Man macht uns
 immer Vorwürfe wegen unserer Bekämpfung des Militarismus.
 Wer den Vorgängen in Zabern Aufmerksamkeit widmet, muß
 schon sehr bedenklich gestimmt werden. Auch vor Jena waren
 ähnliche Zustände vorhanden, und erst das Volk hat wieder
 andere Zustände schaffen können. Wenn die Klust zwischen Volk
 und Militär in der Weise auftritt, wie das in Zabern der Fall
 war, hört jede Möglichkeit der Verständigung auf. Man hat
 dieser Tage viel die Worte Böbel gehört, es gibt aber auch einen
 besser geheißenen Böbel. Was in Zabern zum Ausdruck
 gekommen ist, ist das direkte Gegenteil von Kulturarbeit. Die
 Vorgänge in Zabern haben vielleicht das Gute gebracht, daß man
 der Stellung der Sozialdemokratie dem Militarismus gegenüber
 auf bürgerlicher Seite etwas objektiv gegenüberstellt. Wir wollen
 eine

Volkswehr

aber keinen Militarismus. Das Bürgertum läßt stets die beste
 Gelegenheit zu notwendigen und nützlichen Reformen vorbe-
 reiten. Die Reformen der Sozialdemokratie im Reichstag
 anlässlich der Beratung der Militärvorlage sind von allen bür-
 gerlichen Parteien abgelehnt worden. Nach dem Falle Curtius
 aber hat es sich gezeigt, daß man kann, wenn man nur den Willen
 dazu hat. Die bestehenden Zustände bedeuten auch eine sich
 stets zuspitzende Gefahr für unsere innere und äußere Politik.
 Wir nehmen für uns in Anspruch, so patriotisch gesinnt zu sein,
 wie irgend jemand. Die Liebe zum Volke ist gleichbedeutend mit
 Patriotismus. Wir haben die Hoffnung, daß immer weitere
 Kreise des Volkes Verständnis bekommen für unseren Kampf
 gegen den Militarismus. — Auch diese Rede wurde durch leb-
 hafte Beifallsbezeugungen und zustimmende Zwischenrufe unter-
 brochen und durch stürmischen Beifall am Schluß ausgezeichnet.

Der Vortrager brachte folgende zwei Resolutionen zur
 Kenntnis der Versammlung.

I.
 „Nachdem die fortgesetzten Verfassungsverletzungen und
 strafbaren Handlungen der Offiziere von Zabern durch die
 letzten Urteile der Straßburger Militärgerichte gebilligt
 worden sind, ist die offene Diktatur proklamiert und die
 Freiheit und Ehre der Staatsbürger im ganzen Reich be-
 droht. Nur durch entschlossensten und unerschütterlichen Kampf
 gegen den Militarismus und für die Demokratisierung von
 Meer und Staat kann den verhöhten Volkswerten wieder Achtung
 verschafft werden. Die Versammlung fordert die Abschaf-
 fung der Militärgerichte und erwartet von denjenigen Reichs-
 tagsabgeordneten, die für das Recht gegen die Gewalt eintre-
 ten, die Ablehnung des Militäretats.“

II.
 „Hinter der unwahren Behauptung, daß die Arbeits-
 willigen mehr geschützt werden sollen, verbergen sich jene
 gemeingefährlichen Bestrebungen, die bezwecken, den Arbeitern,
 Angestellten und Beamten, also der ganzen Arbeiterklasse, das
 Koalitionsrecht zu rauben. Die Erhaltung und der
 Ausbau des Rechtes ist aber eine Lebensbedingung nicht bloß
 für die Arbeiter, sondern für die ganze deutsche Volkswirtschaft.
 Die Versammlung erucht deshalb den Reichstag um Ableh-
 nung aller Vorschläge der Scharfmacher und fordert die Ein-
 führung strenger Strafen gegen diejenigen, die unter Aus-
 nützung ihrer wirtschaftlichen Uebermacht das Koalitionsrecht
 verletzen.“

Trotz Aufforderung meldete sich niemand zum Wort. Die
 Resolutionen wurden jedoch einstimmig angenommen. Sie wer-
 den dem Reichstag übermittelt werden.

* **Öffentlicher Frauenvortrag.** Wir machen nochmals auf
 den heute Dienstag abend 8 1/2 Uhr im großen Eintrachtsaal
 stattfindenden Vortrag der als tüchtige Rednerin und Praktike-
 rin bekannten Frau Frida Liebert aus Konstanz über „Die Be-
 handlung der Frauenkrankheiten und deren Folgen als Kezzen-
 und Gemütsleiden“ aufmerksam.

* **Feuer in Grünwinkel.** Gestern abend 9 1/2 Uhr brach in
 der Elevatoranlage des Silospeichers der Brauerei Sinner in
 Grünwinkel durch Selbstentzündung Feuer aus, das die ganze
 Anlage vernichtete. Das Feuer wurde durch die Fabrikfeuer-
 wehr nach einstündiger Tätigkeit gelöscht. Die auf dem Brand-
 platz erscheinene Feuerwache und die 8. Kompanie der Frei-
 wehr brauchten nicht mehr in Tätigkeit zu treten. Wie
 uns die Direktion der Firma Sinner mitteilt, ist durch den
 Brand kein nennenswerter Schaden entstanden, der Betrieb wird
 ohne Unterbrechung weiter aufrecht erhalten.

Veranstaltungen.

* **Nachfest auf der Eisbahn des Stadgartens.** Heute,
 Dienstag, abends von 7—10 Uhr wird auf der Eisbahn im
 Stadgarten ein Nachfest abgehalten. Kings um die Bahn wird
 sich ein langer Kranz hellleuchtender Lampen ziehen, die elek-
 trischen Wogenlampen werden ihr Licht auf die weite Bahn wer-
 fen und aus den Gebäuden am Seufser werden bengalische
 Feuer aufleuchten: zweifellos ein schöner Anblick. Dazu ertönen
 von 18—10 Uhr gefällige Weisen der Leibgrenadierkapelle,
 wie sie auch bei dem Eisfeste am vergangenen Sonntag ein
 lustiges Wälzlein zum Schlittschuhstange einluden. Näheres ist
 aus der Anzeige in heutiger Nummer zu erfahren.

Zabern vor der I. Kammer des elsaß-lothringischen Landtags.

Strasbourg, 19. Jan. In der heutigen Sitzung der
 ersten Kammer begründete Dr. Curtius folgende Inter-
 pellation, die 18 Unterschriften, darunter die Namen Dr.
 Bad, Dr. Curtius, Dr. Schwander, Dr. Bonderischer, Frhr.
 Dr. Jörn v. Bulach (Weißhof), trägt: Was gebent
 der Herr Statthalter zu tun, um dem Lande die Sicherheit zu
 verschaffen, daß die Inhaber der militärischen Kom-
 mandogewalt in Elsaß-Lothringen sich in Zukunft inner-
 halb der gesetzlichen Grenzen ihrer Befugnisse halten? —
 Dr. Curtius betonte zunächst, der preußische Staatsgedanke
 sei nicht identisch mit Vöbelherrschafft. Der Redner sprach
 dann von dem Vortreiben der Militärverwaltung, der Politik
 in Elsaß-Lothringen eine andere Richtung zu geben. Der
 französische Kultureinbruch lasse sich nicht ohne weiteres
 vermissen. Während viele Leute zwischen den beiden Völ-
 kern vermitteln wollten, führe ein Teil der Offiziere bei
 jeder Gelegenheit das Wort von dem nahen Krieg mit
 Frankreich im Munde. Unsere Landespolitik wird bestimmt
 durch die nationalen Aufgaben und den Charakter der Be-
 völkerung. — Hierauf gab Staatssekretär Frhr. Jörn von
 Bulach folgende Erklärung ab: Die Regierung hat in der
 zweiten Kammer ihren Standpunkt klar gekennzeichnet.
 Inzwischen sind die KriegsgerichtsUrteile rechtskräftig ge-
 worden. Inzwischen hat auch die Reichsregierung zu der
 Frage von Zabern Stellung genommen und zwar in der
 „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 15. Januar. —
 Der Minister verlas diese Kundgebung und erklärte: Die
 Regierung ist der Ansicht, daß durch die Nachprüfung der
 Dienstvorschrift von 1899 (in der Teile der Kabinettsordre
 betreffend den Waffengebrauch des Militärs verwertet
 sind) eine vollständige klare Rechtslage geschaffen wird —

Aus der Mitte des Hauses wurde dann folgende Resolution
 eingebracht: Die erste Kammer beklagt auf tiefste die Vor-
 kommissen in Zabern, welche geeignet sind, ein völlig fal-
 sches Bild der Stimmung in der elsaß-lothringischen Bevöl-
 kerung und ganz besonders über das Verhältnis zwischen
 dem Militär und der Landesbevölkerung hervorzurufen.
 Ohne irgendwie die in Zabern von Zivilpersonen be-
 gangenen Ausschreitungen und das die Aufregung der Be-
 völkerung schürende Verhalten einzelner Presseorgane zu
 entschuldigen, ist sie der Ansicht, daß die bedauerlichen Vor-
 fälle vermieden worden wären, wenn das die Bevölkerung
 verletzende und herausfordernde Benehmen eines jungen
 Offiziers seitens seiner Vorgesetzten sofort die entsprechende
 Remedur erhalten hätte und letztere bekannt gegeben wor-
 den wäre. Sie ist ferner der Ansicht, daß der militärische
 Befehlshaber, auch wenn er sich zum selbständigen Ein-
 greifen befugt erachtete, jedenfalls bei der in maßloser, un-
 rechtliche Empfinden verletzenden Weise erfolgten Ausfüh-
 rung sich schwere Ueberforderungen seiner Befugnisse hat
 zu schulden kommen lassen. Die Kammer ist ferner der An-
 sicht, daß gegen die Wiederholung solcher Vorfälle eine
 sichere Garantie gegeben werden muß insbesondere auch
 dafür, daß die in Elsaß-Lothringen zu garnisonierenden
 Militärbehörden genau beachtet wird. Die Kammer
 ersucht die Regierung, an maßgebender Stelle eine Ent-
 scheidung in diesem Sinne herbeizuführen. — Prof. Laband
 legte in längerer juristischer Ausführungen dar, daß die
 Kabinettsordre von 1820 nicht gegen das Gesetz verstoße.
 Die Ausführung durch den Obersten v. Reutter könne ta-
 delnswert gemein sein. — General von Mohnke nahm
 das Militär in Schutz. — Dr. Schwander hat wesentliche
 Bedenken gegen die Richtigkeit der Labandschen Ausfüh-
 rungen. Wie das Wort „Mades“ in der Kaserne gebraucht
 wurde, war es eine bewußte und gewollte Beleidigung des
 elsaß-lothringischen Volkes. Bedauerlich ist es, daß die
 oberen Kommandobehörden es nicht für nötig gehalten
 haben, der Bevölkerung eine Genugtuung zu geben. Oberst
 v. Reutter hätte mit der Zivilverwaltung mehr in Kontakt
 bleiben sollen. Es ist unglücklich, daß ein Offizier allein
 dafür maßgebend sein soll, ob die bemessene Macht einzu-
 greifen hat. — General v. Arnim schließt sich Laband an
 und lobt die Elsaß-Lothringer als tüchtige Soldaten. —
 Die Abgeordneten Ungemach, Bian, Graf Andlau und
 Blumental erklären sich in eingehender Weise für die Reso-
 lution. — Auf eine Anfrage des Abgeordneten Blumental
 gab Staatssekretär Frhr. Jörn v. Bulach hierauf folgende
 Erklärung ab: Es fällt dem Herrn Statthalter nicht ein,
 von den ihm zustehenden Rechten keinen Gebrauch zu
 machen. § 2 der Verfassung besagt: Der Statthalter er-
 nennt und instruiert die Bevollmächtigten zum Bundesrat.
 Dieses Recht wird sich der Statthalter nicht nehmen lassen.
 Ich weiß nicht, inwieweit sich der Herr Reichsfanzler da-
 mals im Herrenhaus ausgesprochen hat. Der authentische
 Text liegt mir noch nicht vor. Sollte sich der Herr Reichs-
 fkanzler verprochen haben — ich muß dies annehmen —
 so war es gewiß nicht anders gemeint. Der Statthalter
 in Elsaß-Lothringen wird immer von seinem Recht vollen
 Gebrauch machen. — Darauf wurde die oben erwähnte Reso-
 lution in namentlicher Abstimmung mit 93 gegen 3 Stim-
 men (die des Präsidenten der Reichstageskassen, Frick,
 des Prof. Laband und des Generals von Mohnke) ange-
 nommen. Justizrat Dr. Muland und der Präsident des
 Oberlandesgerichts, Dr. Mollitor, enthielten sich der Ab-
 stimmung.

Letzte Nachrichten.

Zabern-Interpellationen im Reichstage.

Berlin, 19. Jan. Die Besprechung der Zabern-Inter-
 pellationen im Reichstage ist für den nächsten Donnerst-
 ag in Aussicht genommen.

Die Konserverativen gegen die Koalitionsfreiheit.

Berlin, 19. Jan. Die konservative Entschliebung ge-
 gen den zunehmenden Mißbrauch der Koalitionsfreiheit,
 und zum Schutz der Arbeitsfreiheit ist jetzt dem Reichstag
 zugegangen.

Krankentheil.

Darmstadt, 19. Jan. Etwa 80 Personen der Lungen-
 heilanstalt Winterkisten haben gestern die Anstalt
 verlassen, weil sie Grund zur Beschwerde über schlechte
 Behandlung zu haben vorgeben.

Ein Verbot des Generals von Deimling.

Strasbourg, 19. Jan. Wie verlautet, hat General von
 Deimling durch Korpsbefehl seinen Offizieren und Mann-
 schaften verboten, Gastwirtschaften aufzusuchen, in denen
 französische Zeitungen ausliegen. Die verbotenen fran-
 zösischen Blätter sind in dem Erlaß namentlich aufgeführt.
 Auch das „Journal Alsace-Lorraine“ und der „Nouvelles“
 befinden sich unter ihnen. Ebenso ist der Besuch politischer
 Versammlungen und Vereine verboten worden, in denen
 die französische Sprache Unterhaltungssprache ist.

Die französische Presse und die Ordensverleihung an Oberst von Reutter.

Paris, 19. Jan. Sämtliche französischen Blätter ver-
 merken heute an auffallender Stelle die Tatsache, daß
 Oberst v. Reutter durch Verleihung des Roten Adlerordens
 dritter Klasse ausgezeichnet worden ist. Es fehlen insolge-
 der Kürze der Zeit noch Kommentare. Doch ist mit Sicher-
 heit anzunehmen, daß die Pariser Presse noch ausführlich
 darauf zurückkommen wird. Bemerkenswert ist, daß die
 Meldung in fast allen Blättern mit Ausrufungszeichen
 gloriert ist.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei. Letzte
 Nachrichten, Gemeindefachliches und Soziales: Hermann Kabel;
 für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate:
 Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Soz. Verein.) Heute, Dienstag abend 8 1/2 Uhr,
 im „Schwanen“ Vorstandssitzung. Die Unterkassierer sind
 gleichfalls eingeladen. 6779

Wasserstand des Rheins.

20. Januar.
 Schusterinsel 1,76 m, Gef. 9 cm, Rehl 2,65 m, Gef. 7 cm
 Marau 4,41 m, Gef. 14 cm, Mannheim 3,98 m, Gef. 19 cm.

Schul-Anzüge

zu Inventurpreisen

für das Alter von 9 bis 16 Jahren

beste Schneiderarbeit

früherer Preis bis Mk. 32.—

jetzt: I 12.50 II 16.50 III 22.50

Schul-Hosen

aus guten Resterstoffen

für das Alter

3 bis 8 Jahre

9 bis 14 Jahre

Mark 1.45 und 1.95

Mark 2.25 und 2.95

Spiegel & Wels

Spezialabteilung Knaben- und Jünglings-Bekleidung Kaiserstr. 74.

Stadtgarten.

Heute Dienstag den 20. Januar 1914, abends von 7 bis 10 Uhr

Nacht-Fest auf der Eisbahn

Beleuchtung der Eisbahn durch Lampen und bengalisches Licht. Von 7/8 bis 10 Uhr

Konzert

einer Abteilung der Leib-Grenadier-Kapelle.

Eintrittspreise zu dem Eintrittsgeld für die Eisbahn, das beträgt: für einmaligen Eintritt 20 Pfg. für eine Dauerkarte für den Winter, die auch zur Benutzung der Eisbahn außerhalb des Stadtgartens berechtigt 2 Mark wird ein Musikzuschlag von 10 Pfg. erhoben (für Erwachsene und Kinder). Die Eisbahnarten sind nur in Verbindung mit Stadtgartenarten gültig.

Konservatoriums-Saal, Sofienstrasse 35.

Donnerstag, den 22. Januar:

Rezeptions-Rede Vogelmann-Vollrath (München)

„Die Geschichte von den sieben Gehekten“

von Leonid Andrejew.

Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Vorverkauf: Reservierter Sitz 2 Mk. Unnum. Sitz 1.50 Mk. Stehplatz und Galerie 1 Mk. bei Herrn

Fr. Tafel, vorm. Schmidt, Musikalienhandlung

Kaiserstrasse 6764

Städterende Ermässigung: 1.50 Mk., 1 Mk., 70 Pfg.

Frauenbildung — Frauenstudium

Donnerstag, den 22. Jan., abends 7/8 Uhr, im Singaal der Pfortenstraße, Sofienstr. 14.

Vortragssyklus: „Die gebildete Frau als Käuferin“.

„Röbel und ihre Herstellung“

Herr Gustav Himmelheber.

Eintritt für Mitglieder 1 Mk., Nichtmitglieder 1.50 Mk.

Verkaufe und Käufe

fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, geb. Uhren, Messer, Gold und Silber, Brillanten, Zahngebisse, Pfandkassette, Möbel, Reisekoffer.

Erstes größtes An- u. Verkaufsgeschäft Levy, Postfachstr. 22, Tel. 2015

Bucherer

empfiehlt 6775

Holz

große Bund 10

25 Bund 2.25

Mk.

Briketts

7 Stück 10

Zentner 1.20

Bucherer

in sämtl. Filialen.

Ca. 500

6765

Wachstuch-Reste

Sowelt Vorrat! außerordentlich billig! Zum Anschauen!

Serie I jeder Rest	Serie II jeder Rest	Serie III jeder Rest	Serie IV jeder Rest	Serie V jeder Rest
20	35	50	60	70

H. Schmoller & Cie.

Abschlag!

Mageres

Dörrfleisch

Pfund Mt. 1.05

in 6774

Bucherer's

sämtlichen Filialen.

Stadt

Arbeitsamt

Gesucht

6558

für sofort und 1. Februar: Herrschafts-Köchinnen, Mädchen die gut bürgerlich kochen können, Mädchen für alle Hausarbeit u. zum Anlernen, Zimmermädchen.

Stadt. Arbeitsamt (weibl. Arbeitsnachweis) Jähringerstr. 100 Tel. 949.

Bett-Teppiche

sind enorm billig abzugeben.

Kaiserstr. 133

6682 1 Treppe hoch.

Ecke Kaiser- und Kreuzstr.

Die billigste Quelle

in getragenen Anzügen, Schuhe, Heberzieher v. 4 A an, Hüter etc. sowie beste Gelegenheitskäufe in Schuhwaren findet man in dem An- und Verkauf-Geschäft von

Arnold Schap,

Jähringerstraße Nr. 38.

Gliederreiben!

Rein australisches Eucalyptus

„Bouns“ à Mk. 1.00.

Drog. O. Mayer, Wilhelmstr. 20.

Herrenkleiderstoffe

Wilderstoffe

Paletstoffe

Loden- u. Kostüm-

stoffe etc. 6517

sind enorm billig abzugeben.

Kaiserstr. 133

1 Treppe hoch

Allgemeine Ortskrankenkasse Karlsruhe.

Nachdem die Aufsichtsbehörde die Wahl der Versicherten Vertreter im Ausschuss für ungültig erklärt hat, kann der Ausschuss bis auf Weiteres keine Beschlüsse fassen.

Zur Beratung über die demselben bereits vorgelegten Gegenstände muß deshalb die bisherige

Generalversammlung

stattfinden und beehren wir uns die Mitglieder derselben zu diesem Behufe auf

Montag, den 2. Februar ds. Js., abends 8 1/2 Uhr,

in das Verwaltungsgebäude, Gartenstr. 14/16, ergebenst einzuladen.

Tagesordnung:

1. Wahl des Rechnungsausschusses für die Prüfung der Rechnung des Jahres 1913.
2. Festsetzung des Voranschlags für das Jahr 1914.
3. Aufstellung der Krankenordnung.
4. Abänderung der Wahlordnung.
5. Verschiedenes.

Karlsruhe, den 19. Januar 1914.

Der 1. Vorsitzende:

W. Hof, Stadtverordneter.

Carl König

Dentist

KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.

Telephon 2451.

Künstliche Zähne, Plombieren,

Zahnziehen.

2885

Masken - Garderobe

A. Herrmann

Herrenstr. 22 (zw. Kaiser- u. Erbprinzenstr.)

Reichhaltige Auswahl in Kostümen

Leihweise u. zum Verkauf

Stilgerechte Anfertigung. — Vereine extra billige Preise.



Neunmal neunundneunzig Schuh Putzt man mit Erdal im Nu.

Ein Fender von 12 verschiedenen ABC-Anzeigen erhält einen ganzen Satz von 26 ABC-Klebermarken von der Erdal-Fabrik in Mainz.

Schluss

des Inventur-Verkaufs

Donnerstag, den 22. Januar, abends 8 Uhr.

Die gebotenen Preisvorteile sind derart günstig, daß niemand versäumen sollte in den nächsten Tagen seinen Bedarf zu decken. Insbesondere mache auf die vier Einheitspreise in meiner Damen-Konfektion aufmerksam.

Damen-Mäntel engl. Art	5⁷⁵	Kostüme engl. Art	9⁵⁰	Kostüme blau, reine Wolle .	12⁵⁰	Damen-Mäntel beste Qualitäten .	18⁰⁰
Morgen-Röcke moderne Farben .		Damen-Mäntel blau und engl. Art		Damen-Mäntel aus Seide		Kostüme auf Halbseide . . .	
Kostüm-Röcke blau und engl. Art		Blusen in Seide auf Futter		Abend-Mäntel . . .		Seidene Kleider . .	
Hemden-Blusen Zefirilanell		Straßen-Kleider moderne Façons .		Ball-Kleider		Gummiftn-Mäntel wasserdicht	

6790

Mode- und Aussteuer-Haus

Hugo Landauer

Kaiserstr. Ecke Lammstr.

Donnerstag, den 22. Januar 1914, abends 8 Uhr im kleinen Festhallsaal:

Mütter-Abend

für Mütter der Volksschulkinder. Vortrag: „Ratschläge für die Berufswahl der nicht mehr schulpflichtigen Mädchen.“ Musikalische Darbietungen.

Berein Badischer Lehrerinnen. Verein Frauenbildung - Frauenstudium.

Extra-Angebot in Schuhwaren.

Vogel-Gerrenstiefel, Original-Goodyear, echt gedoppelt, Doppelsohle	11.-
Vogel-Gerrenstiefel, Original-Goodyear, geb. Damenstiefel, echt Chebr. und Vogel, Original-goodyear, echt gedoppelt mit u. ohne Ladtappe	10.25
Rindbock-Gerrenstiefel, breite Form	9.50
1 Partie Schuststiefel 27-30	7.-
	31-35
	2.90
	3.50

Alle übrigen Schuhwaren in großer Auswahl billig. Einzelpaare und Restposten weit unter Preis. Winterschuhe 10% Rabatt in bar.

Madlener, Auktions- und Schuhgeschäft Rüppurrerstraße 20. 6770

Einen guten Fang



macht jedermann der seinen Bedarf in Messer u. Stahlwaren jeder Art deckt, wo dieselben auch fachmännisch geschliffen und repariert werden können. 12888 Karl Hummel, Werder-Strasse Nr. 13, Telefon 1547.

PIANOS 395.-

konkurrenzlos billig, unverwundlich, schön im Ton, kreuzsait. Panzerstimmstock

Johs. Schlaile,
Karlsruhe,
Douglasse-Strasse 24
neben der Hauptpost.

Flavier-Materi
Konfektorisch geb. Fräulein erteilt gerühl. Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene bei mäht em Honorar. Näh. Rond-Strasse 2, 2. Stod. 6752

Sehr billig abzugeben: Schönes gutes rotes Sofa 18 M., fast neues Ledbett 12 M., gut dreiflämmiger Gasherd 6 M., Paar bessere Schlittschuhe 1.50 M., 1 Paar Knabenrollschuhe 1 M., fast neuer Damenwintermantel 10 M., Damenwintercape 4 M., dunkelbl. Knabenanzug, Knabencape und Blusen für 13jährige. Bäschchen, bester Chiffonier u. Vertikow, Spiegelschrank 10 M. 17 Adlerstr. 17, 1 Treppe hoch

Bucherer

- empfiehlt 6773
- Berl-Bohnen** Pfund 20 Pfg. gelbe holl.
- Butterbohnen** Pfund 22 Pfg.
- gelbe Erbsen** Pfund 20 Pfg.
- grüne Erbsen** Pfund 23 Pfg.
- Linsen** Pfund 20, 25 und 28 Pfg.

alles in neuer, garantiert gut kochender Ware.

Metropol-Kino

bl. einschl. Freitag, 23. Januar

Unter dem Mühlenflügel!

Fesselndes Drama in 3 Akten.
Hauptdarsteller: Jimson, Oberingenieur Ago Garde. James, Ingenieur Holger Reenberg. Wilson, Arbeitsvorsteh. Frederik Christensen. Kitty, dessen Tochter Oda Rostrup. Ein Bandit Viggo Wiehe.

Ausserdem das übrige hervorragende Programm. 6766

Großes Preiskegeln

im Gasthaus „Jähringer Löwen“, Adlerstr. **6 wertvolle Preise** darunter 1 Diwan, 1 Fahrrad usw. **Eine Kugel 10 Pfg.** Freunde und Gönner sind hierzu freundlichst eingeladen. Kaninchenzüchterverein Förderung G.B. Karlsruhe. 6737

Obertierwärter-Gesuch. Wir suchen zu alsbaldigem Eintritt einen tüchtigen, energischen Obertierwärter. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften über die bisherige Tätigkeit nebst Gehaltsforderung sind bis 1. Februar ds. J. anher einzureichen. Städtische Gärtnereidirektion Karlsruhe, Baden. 6768

Beleidigungs-Zurücknahme. Der Unterzeichnete nimmt die gegen den Ludwig Fröhlich gemachten Aussagen zurück. 6742 Durmersheim. Georg Sahner

Diwans! Große Auswahl in neuen **Plüsch-Diwans** u. 35 u. 40 M. an, hoch, mod. Dessins b. 55 M. an. (keine Fabrikware) **Volsterndelhandlung** u. **Höler, Schützenstraße 25.** 6764

Heberzieher gebraucht, aber noch sehr gut erhalten, von 3 M. an sind zu verkaufen: 6772 **An- u. Verkaufsgeschäft 64 Scheffelstraße 64.** **Maskenkostüm** (Bantafie) gut erk. billig zu verkaufen: Mühlbura, Rheinstraße 30 (Friedrichsbad). **Wäsche** w. angenommen und pünktlich besorgt. Frau Westermann, Albitzstraße 6, 2. Stod.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. **Geschichtungen.** Verthold Fraeulin von Zell a. S., Gertrudschaffner hier, mit Johanna Wendiger von Wolfach. — Otto Sinze von Niesdorf, Gerber hier, mit Anna Spieß von Rf. — Emil Köhlin von Weismel, Bahnarbeiter hier, mit Mina Buchhalter, Witwe von Steinsfurt. — Friedrich Rieder von hier, Fabrikarbeiter hier, mit Elise Wolf-Friedrich von hier. — Otto Käjchel von Dedenhofen, Ingenieur hier, mit Olga Lotz von hier. — Heinrich Stöcklein von Müdau, Kaufmann hier, mit Karoline Gausch von Birmosens. — Otto Rohac von Rudolph Tagelöhner hier, mit Klara Freif von hier. — Carl Ströbel von hier, Maschinenarbeiter, mit Rosa Rombach von hier. — Emil Eberle von hier, Schlosser hier, mit Anna Stodburger von Briegach. — Carl Erb von Freisenheim, Bautechniker hier, mit Silda Hüglin von Gerbolzheim. **Geburten.** Karl, B. Emil Ganter, Magazinarbeiter. — Erika, B. Joh. Karl Jörder, Kaufmann. — Willi Friedrich, B. Wilhelm Lang, Straßenbahnkassierer. — Rudolf Friedrich, B. Rudolf Weidach, Gärtner. — Elsa Paula Luise, B. Martin Pirschke, Reservebesitzer. — Luise Berta, B. Wilh. Boll, Schriftsetzer. — Emil, B. Georg Schmalzfuß, Zementeur. **Todesfälle.** Marie Gobelmann, alt 21 J., ledig, Fabrikarbeiterin. — Reinhold, alt 2 J., B. Joseph Händlmayer, Bierbrauer. — Marie Scholl, alt 76 J., Witwe von Peter Scholl, Steuereinnnehmer a. D. — Friedrich König, alt 85 J., Chemiker. — Oberreiterungsrat a. D.